

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erschint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Einzelne Nummer 10 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Bei Abholung aus unserer Expedition Zimmerstraße 44 1 Mark pro Monat. Postabonnemeri: 4 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreislifte für 1890 unter Nr. 892.)

Insertionsgebühr

beträgt für die 4gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf. für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 10 Uhr Vormittags geöffnet.

fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

Die kaiserlichen Erlasse.

Die Ereignisse werfen ihre Schatten voraus! Als wir in Nummer 2 unseres Blattes von diesem Jahre unsere „Ein Rückblick und ein Vorblick“ veröffentlichten,

Es heist viel Bornirtheit bei dem Arbeiter voraussetzen, ihn die Sozialdemokratie als seine schlimmste Feindin darzustellen, die man ausnahmsweise verzeihen müsse, und dann sich hinstellen und in Thronreden, Gesekentwurfsmotionen und Parlamentsreden eben diese abscheulichen Sozialdemokratie einen berechtigten „Kern“ anzusprechen und das zu verwicklichen zu versuchen, was sie wenigstens in der Zeit seit Bangem verlangte.

Dieser Widerspruch ist so greifbar, daß er auch dem beschränkten Arbeiter einleuchtet. Erkennt man die Sozialdemokratie wenigstens theilweise als berechtigt an, so ist die Wahrscheinlichkeit, daß sie auch im übrigen Recht hat, und gebietet da nicht das nächste Interesse dem Arbeiter, sich demjenigen anzuschließen, denen er in erster Instanz zu danken hat, was man ihm gewährt?

Und wir schlossen unsere Artikel mit folgenden Sätzen: „So können wir getrosten Muthes nicht nur auf das alle Jahr zurückblicken, sondern auch voll froher Hoffnung der Zukunft entgegenmarschieren.“

Das Jahr 1890 giebt speziell der deutschen Arbeiterklasse die Gelegenheit eine Kräftprobe zu leisten, in der sie zu zeigen hat, ob die Hoffnungen, die das Jahr 1889 für den Stand der Bewegung erwachte, sich erfüllen. Wir meinen die allgemeine Wahlen zum Reichstag.

Ihr Ausruf wird unter Umständen bestimmend für unsere ganze innere und äußere Politik sein, er kann das Staatschiff in ganz andere bisher hartnäckig vermiene und verweigerte Bahnen lenken.

Von diesem Standpunkt betrachtet, fällt der deutschen Sozialdemokratie als klassenbewachte Vertreterin der deutschen Arbeiterklasse eine große und verantwortungsvolle Aufgabe zu. Aber wir zweifeln nicht, daß sie diese würdig und zum Besten des Ganzen lösen wird. Vorwärts! war unsere Losung im alten Jahr. Vorwärts! immer vorwärts! sei auch unsere Losung im Neuen.

Das Alte stirbt, es ändern sich die Zeiten, Und neues Leben blüht aus den Ruinen.“

Schneller, als wir glauben konnten, findet diese Aenderung ihre Verwirklichung.

Koch sind die Bürger am Wahltag nicht gefallen, und wir eröffnen die kaiserlichen Erlasse einen Bandel in der Sozialpolitik des Reichs, der seine Erklärung nur darin findet, daß der Geist, welcher die Arbeitermassen durch Erlasse, wie die hier in Frage stehenden, sie an die Regierungspolitik zu leiten sucht.

Wie weit diese Hoffnung sich erfüllt, muß die Erfahrung zeigen.

Was wir hier vor allen Dingen konstatiren wollen, das ist der moralische Sieg, den in diesem Wandel der Regierungspolitik die Sozialdemokratie erfochten hat, noch ehe die Arbeitermassen an der Wahlurne sich für sie entschieden.

Diesen moralischen Sieg wird man zwar nicht nur leugnen, sondern auch auf's heftigste bestreiten. Allein die Thatsachen reden zu laut, als daß sie hinwegdisputirt werden könnten.

Sehen wir zu. Als im Jahre 1884 im Reichstag der Streit entstand, wer der eigentliche Urheber der Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung sei, war es Fürst Bismarck, der diesem Streit ein Ende machte, indem er in der Reichstagsitzung vom 26. November 1884 auf eine Rede des Abg. Auer also antwortete:

„Die Sozialdemokratie ist so, wie sie ist, doch immer ein erhebliches Zeichen, ein Menetekel für die bestehenden Klassen dafür, daß nicht Alles so ist, wie es sein sollte, daß die Hand zum Bessern angelegt werden kann, und insofern ist ja die Opposition, wie der Herr Vorredner sagte, ganz außerordentlich nützlich. Wenn es keine Sozialdemokraten gäbe und wenn nicht eine Menge sich vor ihr fürchteten, würden die möglichen Fortschritte, die wir überhaupt in der Sozialreform bisher gemacht haben, auch noch nicht existiren (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), und insofern ist die Furcht vor der Sozialdemokratie in Bezug auf denjenigen, der sonst kein Herz für seine armen Mitbürger hat, ein ganz nützlich Element. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.) Ja, sehen Sie, in etwas sind wir doch einverstanden.“

Wir denken, dieses Zugeständniß ist klar und zweifelsohne.

Genau wie mit der Arbeiter-Versicherungsgesetzgebung verhält es sich auch mit der Arbeiterschutz-Gesetzgebung.

Auch hier war es die Sozialdemokratie, welche — ganz naturgemäß, denn das gebot ihre Stellung — im Reichstag die Initiative ergriff, anfangs aber nur Spott und Hohn erntete.

Ist es doch noch nicht lange her, und man konnte es in den siebenziger Jahren im Reichstag häufig hören, daß man überhaupt die Existenz einer sozialen Frage bestritt.

Allein mit dem Wachstum der sozialdemokratischen Stimmen bei den verschiedenen Wahlen zum Reichstage dämmerte den anderen Parteien die Erkenntniß, daß es auf dem bisherigen Wege nicht mehr weiter gehe. Darauf begannen sie, erst schüchtern, dann immer eifriger, je mehr sie fühlten, daß die Arbeiter hinter ihnen drängten, ihre bisher im Ganzen recht schwächlichen und unzulänglichen Arbeiterschutzanträge zu stellen.

So war es also auch hier der Initiative der Sozialdemokratie und dem Drängen der Arbeitermassen zu danken, daß die übrigen Parteien sich dazu bequemten, mit Arbeiterschutzanträgen hervorzutreten.

Wie verhielten sich aber die Regierungen und insbesondere die leitende, die preussische Regierung, gegenüber diesen Anträgen?

Einfach ablehnend! Noch sind die ablehnenden Erklärungen kaum verflungen, mit welchen Herr v. Bötticher erst wieder in der letzten Reichstagsession die Freunde der Regierung abfertigte, als diese drängten, den Anträgen des Reichstags bezüglich des Arbeiterschutzes endlich stattzugeben, und bereits tritt ein vollständiger Koullisseaewechsel ein.

Wie Jedermann weiß, war der Widerstand gegen die Arbeiterschutz-Gesetzgebung nicht bei Herrn v. Bötticher oder der einen oder der anderen der verbündeten Regierungen vorhanden, sondern einzig bei dem Reichskanzler.

Er war es, der beständig sein: non possumus erschallen ließ, dem die andern ohne Widerstand sich fügten. Und wenn jetzt auf einmal ganz andere Saiten aufgezoogen werden, so ist, will man nicht einen plötzlichen, fast unvermittelt eingetretenen Umschwung in den Ansichten des Kanzlers voraussetzen, diese Frontveränderung in der Sozialpolitik des Reichs eine Niederlage des Reichskanzlers.

Da hilft kein Drehen und Deuteln! Diese Niederlage des Kanzlers ist aber ein Sieg der Sozialdemokratie.

Die Weisungen, welche der Kaiser in seinen Erlassen an den Reichskanzler und an den preussischen Handelsminister ertheilt, beziehen sich sämmtlich auf alte vor Jahren erhobene sozialdemokratische Forderungen.

Sie sind am ausführlichsten in den von der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstags eingebrachten Arbeiterschutz-Gesekentwürfen von 1877 und 1884 85 enthalten.

Daraus folgt, daß die deutschen Arbeiter bei den bevorstehenden Wahlen möglichst viel sozialdemokratische Abgeordnete wählen müssen, soll die nunmehr zu inaugurirende Arbeiterschutz-Gesetzgebung wirklich ihren Bedürfnissen und Interessen entsprechen.

Aber die Sozialdemokratie hat nicht nur auf dem Gebiete des nationalen Arbeiterschutzes einen großen Sieg erfochten, einen noch weit größeren hat sie für ihre Bestrebungen auf Einführung einer internationalen Arbeiterschutz-Gesetzgebung erlangt.

Als im Juli vorigen Jahres der internationale Arbeiterkongress zu Paris seine bekannten Beschlüsse bezüglich der Nothwendigkeit einer internationalen Arbeiterschutz-Gesetzgebung faßte, und dem Berner Bundesrath für sein Vorgehen auf diesem Gebiete seine Anerkennung votirte, ahnte Niemand, daß sieben Monate später das Deutsche Reich ebenfalls die Initiative auf diesem Gebiete ergreifen würde.

Hatte nicht gerade der Reichskanzler in früheren Reden im Reichstag diese Bestrebungen als utopistisch verhöhnt? Und war es nicht die „Nordd. Allg. Zig.“ und ihr nach hauptsächlich die Kartellpresse, welche über die Beschlüsse des

ist todt und die übrigen leben. Ich werde nicht eher ruhen, als bis ich ihre Kinder leiden und sterben sehe!

II.
1793.
Die Carmagnole.

Mit „Madame Beto“ meinte man die Königin Marie Antoinette und die „Kanoniere“ waren die vom 10. August. Die „Carmagnole“ war ein volkstümlicher Gesang, dem eine Langmelodie zu Grunde lag und den die siegreichen französischen Soldaten auf dem Marktplatz der kleinen piemontesischen Stadt Carmagnole gehört hatten. Die Melodie, welche die Militärmusik in schnellem Tempo spielte, war weich und hinreichend; sie schmeichelte dem Ohre und ver-setzte Hände und Füße in rhythmische Bewegung. Sie war die Marschmusik der Strafe geworden. Man sang sie überall, unter den dünnen Ulmen des Bastilleplatzes, wie unter den großen Kastanienbäumen der Tuilerien, auf dem Revolutionsplatz, wo die Guillotine arbeitete und unter den Fenstern des „Temple“, der in ein Gefängniß umgewandelt war.

Der König Ludwig Capet, wie er als einfacher Bürger jetzt hieß, hatte den „Temple“ eines Morgens verlassen und sein Haupt war auf dem Schaffot gefallen, unter einem Krommelwirbel von Tambouren, die Santerre befehligte. Die Königin Marie Antoinette lebte noch im Gefängniß und das Volk, eben so ausschweifend in seinem Haffe, wie es ehemals geduldig im Ertragen seiner unendlichen Leiden war, tanzte und sang plötzlich die Carmagnole vor den Fenstern der dunklen Thürme, welche ihre schwarzen Massen über die Dächer des Viertels erhoben. Die Menge füllte beständig die Strafe des Temple, auf welche sich die

Der Courier, der die Nachricht von dem Siege nach Paris bringen sollte, traf sich in der Nähe von Chalons mit demjenigen, der Dumouriez die Erklärung der Republik übermittelte.

— Der Sieg und die Freiheit, sagte der General, geben sich an diesem Tage die Hand.

In Paris herrschte ungeheurer Jubel. Man trat in eine neue Epoche ein. Anstatt die Revolution vom Jahre IV der Freiheit an zu datiren, zählte man sie vom Jahre I der französischen Republik. Die Bürger schmückten ihre Fenster mit kleinen Fahnen und Piken, die ganze Stadt war illuminiert.

Mein Henri, sagte Jane, hat eine Beförderung ausgeschlagen.

— Mein Cadet ist Korporal geworden sagte Jenny mit Stolz.

Ganz allein, inmitten der allgemeinen Hoffnungsfreudigkeit, bewahrte Mutter Combat ihr unempfindliches Gesicht. Das Königthum war vernichtet, die Republik erklärt, die Adligen waren mit den Preußen zusammen an der Grenze geschlagen worden und die im Innern nicht gefangen waren, werden in der Vendée das Schicksal ihrer Genossen theilen. Eine neue Ordnung der Dinge entstand, die Gleichheit für Alle versprach — und die Frau aus der Vorstadt war immer noch nicht besänftigt. Sie blieb neben der Frau aus dem Volle und der triumphirenden Proletarierin immer noch die Mutter, welche um ihr verhungertes Kind trauerte. Bei jedem Schlage, der die Feinde des Volkes traf, sagte sie:

— Gut! und fügte dann noch hinzu: „Krieg.“

Die öffentliche Rache genügte ihrem Haffe nicht.

— Die Väter sind bestraft, sagte sie, aber mein Kind

Feuilleton.

Die Vorstadt St. Antoine.

Historische Erzählung

von Kory Révillon aus den Jahren 1789—1792.

Deutsch von Ludwig Knorr.

— Er sagte Henri an der Hand.

— Können Sie mich nicht um etwas bitten?

— Ja mein General; ich bitte Sie einen meiner Leute

Korporal zu ernennen!

— Er winkte und Cadet Ericot trat aus der Reihe.

— Betrachten Sie diesen Kopf mein General, der im

Geficht des Feindes vor Kampfbegierde erglüht. Dieser

Kopf wird sich nur in der Schlacht wohl fühlen. Am

1. Juli kämpfte er bei der Bastille, am 10. August an

den Tuilerien. Er kann lesen, und im Schreiben gebe ich

ihm jetzt Unterricht.

— Gut, gut, sagte Kellermann lachend.

— Er legte seine Hand auf Cadet's Schulter:

— Ich ernenne Dich hiermit zum Korporal!

— Am andern Tage begannen die Preußen, die ohne

Mittel und ohne Magazine waren, vor und neben sich

als hodenlose Wege und bewaffnete Feinde sahen,

Während sich das französische Heer bei Valmy schlug,

erklärte der Konvent in Paris die Republik.

internationalen Arbeiterkongresses herfielen und sie, als unausführbar, lächerlich zu machen suchten?

Also auch hier für Rangler- und Kartellpresse eine große Niederlage und ein Sieg der Sozialdemokratie.

Eine große moralische Niederlage ist aber auch der kaiserliche Erlass bezüglich der internationalen Konferenz zur Schaffung eines internationalen Arbeiterschutzes für die lauteften Küfer in der letzten Sozialistengesetzdebatte.

War es doch der Führer der Konservativen, Herr von Helldorff, der die Bestrebungen der Arbeiterklasse auf dem internationalen Kongress zu Paris als Vorbote der sozialen Revolution ansah, und aus dessen Verhandlungen die Nothwendigkeit der Verewigung des Sozialistengesetzes ableitete.

Und nun erklärt der Kaiser selbst eine internationale Arbeiterschutzes-Gesetzgebung für notwendig. Er giebt also den Vertretern der Sozialdemokratie Recht und Herrn von Helldorff und den gesammten maßgebenden Parteien und Personen, die bisher von einer solchen Gesetzgebung nichts wissen wollten, Unrecht.

Das wird allerdings sowohl die gegnerischen Parteien wie ihre Presse nicht hindern, nun mit einem Male ihre ganze bisherige Haltung zu verlegen und in ein begeistertes Loblied auf die kaiserlichen Erlasse einzustimmen.

Zu gleicher Zeit werden sich aber auch dieselben Parteien, die bisher den Arbeiter auf alle Weise bedrückten, ihn rechtlos machten oder rechtlos hielten und seine Lasten erhöhten, mit ihrer Arbeiterfreundlichkeit ins Fenster legen und dem Bruder Arbeiter um den Bart gehen.

Wir kennen unsere Pappenheimer, und die nächsten Tage werden uns Recht geben.

Wir haben aber keine Sorge, daß die einmal zur Erkenntnis ihrer Klassenlage gelangten Arbeiter jetzt plötzlich diejenigen als ihre besten Freunde ansehen werden, die sie bisher als ihre heftigsten Gegner betrachteten, und die sie, soweit sie sozialdemokratischen Anschauungen huldigten, mit Ausnahmegeetzen traktierten.

Noch besteht das Ausnahmegesetz, und es verhindert, daß die politisch denkenden Arbeiter ihren bisherigen Gegnern auch nur das geringste Vertrauen entgegenbringen.

Was die deutsche Arbeiterklasse bisher erreicht hat, das hat sie sich selbst, das heißt ihrem selbstständigen, zielbewußten Auftreten zu verdanken. Das wird sie im bevorstehenden Wahlkampfe erst recht nicht vergessen.

Kommt man von Oben der Arbeiterklasse entgegen, nun wohl, sie wird annehmen, was man ihr bietet, vorausgesetzt, daß es annehmbar ist. Sie wird aber keinen Augenblick vergessen, daß sie selbst ihres Glückes Schmeid ist und ihre Forderungen nur dann erst die rechte Beachtung finden, wenn sie durch die von ihr selbst gewählten Vertreter verfochten werden.

Angesichts der kaiserlichen Erlasse muß für die deutschen Arbeiter die Wahlparole lauten:

Wählt Arbeitervertreter, wählt Sozialdemokraten so viel Ihr vermaget, wollt Ihr Euer Recht, Euer ganzes Recht.

Jedes tausend Stimmen mehr, das auf die Vertreter der Arbeiterklasse fällt, wird ihren Forderungen um so größeren Nachdruck verleihen. Nur das ist der rechte Sieg, den man sich selber erkämpft.

Politische Uebersicht.

Der Erlass des Kaisers wird in der ganzen liberalen Presse auf's Lebhafteste erörtert. Äußerungen konservativer Blätter liegen bis jetzt noch sehr spärlich vor. Allgemein wird hervorgehoben, daß sich der Kaiser mit dieser seiner neuesten Kundgebung in schroffen Gegensatz zu dem Kanzler stelle, dessen menschliche Ansichten gerade jetzt durch die von Bismarck veröffentlichten Aftenstücke wieder eine unwiderlegliche Bestätigung erfahren haben. Doch die Erlasse von Bismarck allem Brauche zuwider, nicht unterzeichnet sind, wird ebenso wie das Ausscheiden des Kanzlers aus dem Handelsministerium hiermit vielfach in Verbindung gebracht.

Es wird, so schreibt die „Volkstg.“, nunmehr vollends

Thüren des Gefängnisses öffnen. Die meisten Häuser waren mit Piken besetzt, auf denen rote Mützen oder Bänder in den Nationalfarben als Schmutz angebracht waren.

An den Mauern las man in dreifarbigem Buchstaben: „Die eine und unheilbare Republik“ oder: „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit oder den Tod.“

Die Pariser hatten bei ihren Bemühungen für das allgemeine Wohl keine Reichthümer gesammelt. Das entwerthete Papiergeld — denn seine Unterlage, die Nationalgüter, wollte niemand kaufen — zirkulirte tum. Man bildete wieder queue vor den Bäden der Bäder, wie im Jahre 89, und die nackten Beine, die Lumpen, sowie die zerfetzten Hüte und Mützen bewiesen das herrschende Elend.

Indessen sang und tanzte man.

Die Kanonen donnerten noch immer an den Grenzen, aber man hörte sie auch anderswo. Die Abgeordneten des Nordens und des Südens, die sich am ersten Tage der Republik brüderlich vereinigt hatten, theilten sich in zwei

Die Abgeordneten der Gironde und der Rhône wollten ihr Ideal, die ungehemmte freie Entwicklung der Persönlichkeit in der von der Centralgewalt des Staates unabhängigen Gemeinde erreichen, die Abgeordneten von Paris, die Jacobiner, setzten über die Freiheit das Prinzip des Staates und des Rechtes. Die föderativen Reigungen schienen ihnen mit der Freiheit unverträglich. Wie ihre Gegner wollten auch sie, daß jeder Mensch Bürger und jeder Bürger souverän sei, aber sie verneinten die girondistischen Absufungen des Reichthums und der Intelligenz und verlangten an deren Stelle die gleiche Vertheilung der Rechte und Pflichten in der menschlichen Gesellschaft. Sie betrachteten das Eigenthum als Grundlage der Familie, wollten aber das Erb- und Staatsrecht dahin ändern, daß den Reichen mehr Lasten zugetheilt würden, damit diese zur Erziehung und Unterstützung der Armen verwendet werden könnten. Die Klassenunterschiede waren aufgehoben, wozu dienten die großen Vermögen? Die Girondisten waren Freidenker, die Jacobiner wollten eine bürgerliche Moral gründen, welche die sittlichen Grundlagen

verständlich, weshalb sich die „Norddeutsche Allgemeine Ztg.“ heute Morgen im Schmeiße ihres Angesichts abmühte, eine angebliche Reizung des Reichskanzlers für Arbeiterschutzes nachzuweisen. Wir haben schon auf die Distanzlosigkeit dieses Bemühens hingewiesen; alle offiziöse Kunst wird vergeblich angewandt werden, um den Widerspruch, welcher zwischen den vorstehenden Erlassen des Kaisers und der bisherigen Sozialpolitik des leitenden Staatsmannes besteht, aus der Welt zu schaffen.

Besonders merkwürdig erscheint der Umchwung in der inneren Politik, wenn man sich an das ablehrende Verhalten der deutschen Regierung dem schweizerischen Antrage, eine internationale Staatenkonferenz zur Regelung einiger der wichtigsten Arbeiterfragen einzuberufen, erinnert. Der Kaiser nimmt jetzt ganz offen denselben Gedanken auf; „man kann“, so erklärt dasselbe Blatt, „dem kleinen, von den deutschen Offizieren eben erst in so nichtswürdiger Weise geschmähten Ruhrstaate schon die Genugthuung gönnen, daß der größte Militärstaat ihm nunmehr auf halbem Wege entgegenkommt und ein Beginnen unterstützt, dieser Initiative ergriffen zu haben, immer ein Ruhm der schweizerischen Republik bleiben wird. Für die Anhänger des „sozialen Königthums“ muß der Gedanke, daß eine Republik in die Wege gewiesen, allerdings etwas bellemmend sein.

Die Vermuthung, daß die Erlasse die bis jetzt noch fehlende Wahlparole darstellen, wird von der deutschfreisinnigen Presse nicht ausgesprochen. Sie meint, daß es hier offenbar mit realen Dingen als den Reklamationen und Paraden des Jahres 87 zu thun habe. Wenn die Erlasse aber auch mehr als eine Wahlparole bedeuten sollten, so könnten sie unter Umständen doch als solche wirken. Der Freisinn bezieht sich indes erst in so nichtswürdiger Weise geschmähten Ruhrstaate schon die Genugthuung gönnen, daß der größte Militärstaat ihm nunmehr auf halbem Wege entgegenkommt und ein Beginnen unterstützt, dieser Initiative ergriffen zu haben, immer ein Ruhm der schweizerischen Republik bleiben wird. Für die Anhänger des „sozialen Königthums“ muß der Gedanke, daß eine Republik in die Wege gewiesen, allerdings etwas bellemmend sein.

Das Abgeordnetenhaus führte am Mittwoch die Berathung des Stats der indirekten Steuern zu Ende und erledigte außerdem die Stats des Ministeriums für Handel und Gewerbe und des Bureaus des Staatsministeriums.

Sehr berufene Vertreter des Ansehens des Reiches und der Autorität der Monarchie“ auch außerhalb des Reichstages, so schreibt die „National-Zeitung“ geheimnißvoll in einer Polemik mit der „Reuz-Zeitung“, waren für die Annahme des Sozialistengesetzes nach den Vorschlägen der National-Liberalen.

Die Bahr läßt das Mausen nicht und die National-liberalen begreifen — mit einigen durch die östlich gebotene Rücksicht auf die Stimmung der Wählermassen — nach einigen kurzen Anläufen zu einer „staatsmännlichen“ Behandlung, bereits allerorten wieder in den alten niedrigen Ton gegenüber der Sozialdemokratie und der Arbeiterbewegung zurückzufallen. Verbündete des Auslandes, Reichsfeinde u. dgl. sind das läzliche Prot. Eine Glanzleistung an tiefer Kenntniß und vornehmer Stimmung bringt die „Wirt. Landesztg.“. Das Blatt meint, wenn die Führer der Sozialdemokratie die gegenwärtige Produktionsweise ändern wollen, so hätten sie entweder keine Ahnung vom ABC der Sozialwissenschaft, „oder sie sind, und das ist nach allen Erfahrungen das Richtiger, Betrüger.“ Die Theoreme der Partei bildeten ein „praktisch unmögliches System“ und das wüßten ihre Agitatoren auch sehr gut; sie trauten sich selbst nicht über die Schnur, sie sind wie die Wölfe, die mit einander auf Raub ausgehen; die Raubtiere ist das einzige, was sie „wahrheitsliebend und zusammenhält.“ Nun, die Herren vom Kartell müssen ja am besten wissen, was zusammenreibt und zusammenhält.

Landrätliche Wahlbelehrung. Der Landrath Meyer von Dyna macht diesmal den Anfang mit der Beleuchtung des bisdränkten Unterthanenverbandes der Wähler, indem er im „Hoyaer Wochenblatt“ eine Broschüre zu widerlegen sucht, in welcher die Nationalliberalen und die Deutschhannoveraner angegriffen werden. — Im Jahre 1882 hat der Herr Abgeordnete Rudolf v. Bennigsen im Reichstage über das Unangemessene der Einmischung von aktiven Verwaltungsbeamten in den Wahlkampf sich sehr scharf ausgesprochen — was sagt der Herr Oberpräsident v. Bennigsen zu der Einmischung des Herrn Landraths Meyer?

Einem vielsagenden, aus bloßen Thatsachen zusammengesehten Kommentar zu den aus den Polchinger-chen Aftenstücken von Ruem bekannt gewordenen Ansichten des Reichskanzlers über den Arbeiterschutzes liefert folgende, sächsischen Amtsblättern entnommene Notiz: „Folgen gewerblicher Kinderbeschäftigung. Erwähnungswürdig ist das Ergebnis der von den Lehrern der Schule in Pausa (Med. Bez. Plauen) angestellten Erörterungen über den Körperlichen und geistigen Gesundheitszustand der Kinder. Es befanden sich nämlich unter den 754 Schülern: 197 Kurzstichtige, 6 Schwerhörige, 8 Stotterer, 1 Taubstumme, 6 Gebrechliche, 10 Kränkliche, 2 Schwachsinrige und 107 Schwachbegabte. Das häufige Vorkommen der Kurzstichtigkeit mag nach Ansicht des Bezirkstarztes

enthielt und in dem Bestreben gipfelte, das Wohl der Menschheit durch gute Thaten zu fördern. Sie vertraten die Ideale Rousseaus, die hier mit der freien Kritik Voltaires in Konflikt geriethen.

— Wir haben das Königthum vernichtet, sagten die Girondisten.

— Und was werdet Ihr an dessen Stelle setzen?

— Nichts!

— Das zerstörte Königthum, sagten die Jakobiner, muß durch die Demokratie ersetzt werden.

Da es in der allgemeinen Gefahr einen starken Willen und eine mächtige Gewalt geben mußte, so trugen die Jakobiner den Sieg davon.

Auf die glänzenden Reden ihrer Gegner hatten sich die Provinzen zum Theil gegen die Jakobiner erklärt, und wie auf der einen Seite die Vendée für den König kämpfte, so erklärten sich Marseille, Toulouse, Bordeaux, Lyon, die besfürchteten, ihren Rang als Hauptstädte an Paris abtreten zu müssen, für ihre Abgeordneten.

Die Furcht vor den Royalisten hatte sich der Einbildung bemächtigt. Man sagte sich nicht, daß die schlimmsten Feinde der Republik, die Brüder des Königs und die Häupter der großen Adelligen, ausgewandert waren. Man wollte durchaus in jedem Viertel, hinter jedem Hause ein Komplott verborgen sehen und gegen diese geheimnißvollen Umtriebe schuf man das Revolutionstribunal, einen Gerichtshof, der ohne Berufung richtete und den man entweder frei oder als ein zum Tode Verurtheilter verließ. Dieses Tribunal hatte Marat freigesprochen, einen Journalisten, dessen Zeitung das tägliche Echo der Befürchtungen, Klagen und des Volkshasses war. Das Tribunal hatte Recht damit gethan, denn Marat war ein Erwehler des Volkes, und die Unverletzlichkeit der Volksoberretung anzufassen, hieß, die einzige Macht zerstören, die im Stande war, Frankreich zu retten. Marat aber hatte die Redner der Gironde verbannt und damit einen unlogischen Angriff auf die Souveränität des Volkes unternommen. Von nun an wußte jede Partei, daß das Leben ihrer Mitglieder von dem Siege oder der Niederlage abhing, und die Furcht vor einer etwaigen Niederlage er-

wehl hauptsächlich mit darauf zurückzuführen sein. In der Spitze waren 433 Kinder mit Fäden und 35 mit Strumpfnähen beschäftigt. Diese Kinder arbeiten meist in der von Baumbach so hoch gepriesenen Hausindustrie.

Hamburg, 5. Februar. Die Arbeitsinnehaltung der Schiffsammerteile wurde in einer gestern Abend 7 Uhr beginnenden, Versammlung der Schiffsammerteile in geheimen Abtheilungen, welche die mit 280 gegen 128 Stimmen für beendet erklärt. Die Versammlung nahm des Anerbietens der Westfälischer 1. März bis 27. Oktober einen Stundenlohn von 45 Pf. am 28. Oktober bis ultimo Februar einen solchen von 48 Pf. zu führen.

Das rothe Gespenst — schreibt man uns aus — ist ein so nützlicher Artikel, daß die Ordnungspartei der schlechten Erfahrungen, die sie damit gemacht, es sich nehmen lassen, in neuer Versuche zur Geltung zu kommen lassen zu machen. Die Gruselgeschichten über die Versammlungen in Stahlfurth und Dortmund sind hierfür; und in die neuliche Kategorie gehört auch die vor einigen Tagen offizijösen Blättern entnommene Mähr, von einem gewaltigen Angriff gegen den hiesigen Ireter einer sächsischen Fabrik. Diese Schauererzählung, von der „Leipziger Zeitung“, dem amtlichen Organ der sächsischen Regierung, kolportirt.

Auch die Herren Sparg und Göß veröffentlichten den Leipziger Lokalblättern gräßliche Berichte über die Verhinderung durch die Sozialdemokraten. Die beiden Herren sind in verschiedenen Wählervereinigungen elendiglich durchgefallen. Das ist die ganze „Begeisterung“. Daß Herr Göß in der einen seiner verunglückten Versammlungen „Debbchen“ ungeleert stehen lassen mußte, das war ein Ding bitter.

Freie Wahl! Der Leipziger Wähler — schreibt — heißt wählen? Unter zwei oder mehreren Personen, die Meinungen sich für diejenige entscheiden, welche nach des Wählenden oder des Wählers den Vorzug vorbringt die bessere Person, Sache oder Meinung ist. Die Wahl beeinflusst, wenn ein Vorgang ausgeübt wird, die Wahl von einem Wähler nicht die Rede sein. Die Freiheit der scheidung ist die unelastische Vorbedingung der Wahl, beeinflusste, jede erwungene Entscheidung förmlich zu sein. Ohne Freiheit der Entscheidung keine deutsche Sozialdemokratie hat sich seit ihrem Bestehen im Boden des allgemeinen freien, direkten und gleichen gestellt. Sie hat den demokratischen Grundgedanken, daß der Majorität gelten müsse, anerkannt; jedoch nicht die selbstverordnlichen Voraussetzung, daß die Wahl eine freie müsse. Ist können wir aus einer neuen Reichstagswahl Wähler Deutschlands sind berufen, einen neuen Reichstag wählen, dessen Mitglieder 5 Jahre lang den Reichstag zu Majorität des Volkes zum Ausdruck und zur Geltung bringen haben. Ist die Wahl frei, so müssen die Wähler als Vorkämpfer des Prinzips der Volkssouveränität, das Ergebnis der Wahl als für fünf Jahre bindend anzusehen. Ist die Wahl aber frei? In Deutschland, speziell in dem engeren Vaterland Sachsen, liegen die Dinge so, daß eine freie Wahl nicht die Rede sein kann. Die Behörden der verschiedenen Wahlkreise unseres Landes demüthigen die Wähler dem Wahlkreis Meierane-Glauchau — haben die Wähler, alle Wähleransammlungen verboten, in denen die Wähler demokratischen Referenten angewandt werden kann. Kandidat — Auer — kann reden!“ heißt es. Auer ist kein Kandidat, was die Herren sehr wohl wissen. Wo bleibt die Wahlfreiheit? Wie kann bei solcher Reaktion von einer freien Wahl die Rede sein? Die Angelegenheit wird in den nächsten Tagen schon vor den sächsischen Landtag kommen und sich gründlich geklärt. Jedenfalls zeigen solche Vorkommnisse einen Theil der Behörden noch keinen Begriff von dem Wesen unseres gesammten staatlichen Lebens hat und noch einmal weiß, daß das Wählen ein Possenspiel ist, Wahl nicht frei.

Zusammenhang, 5. Februar. Im Zwickauer Bergarbeiter-cumuli es unter den Bergarbeitern gewaltig ist nicht ausgeschlossen, daß es zu größeren Ausständen kommen wird.

Am 19. Januar wählten die Bergarbeiter-Deputation der verschiedenen Bezirke eine Zwiflerkommission, deren sein sollte, die Forderungen der Arbeiter, 3.50 Mark Lohn, achtstündige Arbeitszeit, freie Arztwahl, die der Arbeitsordnung bei den Werkverwaltungen zur Geltung zu bringen. Die letzteren verhalten sich aber nicht anders, als abgelehnt, sondern greifen sich zu dem beliebigen bisher häufig wiesamen Mittel der Wahregelung. Am letzten Sonntag fand in Reudersdorf bei Zwickau eine Bergarbeiter-Versammlung statt, in welcher die Zwiflerkommission Bericht erstattete. Die Versammlung auf aus Neue an ihren Forderungen festzuhalten und die Zwiflerkommission zu unterstützen.

Zeugte einen neuen Schrecken, der jenen finsternen Tagen des Jahres 93 seinen Namen geben sollte.

Schließlich starben Alle für die Ideen, die sie vertreten und nicht für kleinliche egoistische Interessen, darin bestand ihre Größe.

Waren die Vorstädte nicht die eifrigsten Vertreter der Revolution? Hatten nicht in ihren niedrigen Hunderte von Jahren das Elend, die Unwissenheit, die Hunger ihren Sitz aufgeschlagen, hatte man nicht die Manner, Frauen und Kindern unter Folterqualen gemacht, die nur daran dachten, sich zu rächen und die Heißhunger zu stillen? Grausame nennt man sie, waren es wohl, aber nicht durch eigene Schuld.

Wenn die durch das Unglück und den Schmerz geordnete Königin den lustigen Gesang der Carmagnolen ihren Fenstern hörte, so durften sich ihre Augen nicht füllen, hörte sie jedoch zwischen den lustigen Gesängen Ruhe, so durfte sie verachtungsvoll die Lippen kräuseln. Rolk aber überließ sich bis zum Aeußersten dem Gefühle der Rache. Es tanzte und sang, allein, zu einem Reigen bildend, bis zur Erschöpfung.

schlug man von Neuem mit den Händen den rufende Masse theilte sich, so breit wie die Straße zwei Linien, und Tänzer und Tänzerinnen stützten hobenen Händen auf einander laut schreiend zu. dort junge, schöne Mädchen, mit aufgeregten vermischt, sichern, deren kleine Füße sich auf dem Pflaster traten und deren zarte Hände sich durch das Schwärzen schürzten.

Eine thierische Aufregung belebte sie!

Wenn die Menge sich verlaufen hatte, konnte Municipalpriester des Temples in dem Vorbau eines pens oder Ladens eine Frau stehen sehen, deren stricken und deren starres Anlitz nach dem Fenster wo die Königin und ihr Sohn gefangen saß.

(Fortsetzung folgt.)

führen... die Spitze der Koalition für die Wahrung der Interessen... Direktor Berg, welcher... Berg hat zunächst drei auf den Wahlen... Arbeiter einzutreten.

Die Bewegung unter allen Umständen... die Arbeiter... die Bewegung unter allen Umständen... die Arbeiter... die Bewegung unter allen Umständen... die Arbeiter...

Die Bewegung unter allen Umständen... die Arbeiter... die Bewegung unter allen Umständen... die Arbeiter... die Bewegung unter allen Umständen... die Arbeiter...

Die Bewegung unter allen Umständen... die Arbeiter... die Bewegung unter allen Umständen... die Arbeiter... die Bewegung unter allen Umständen... die Arbeiter...

Die Bewegung unter allen Umständen... die Arbeiter... die Bewegung unter allen Umständen... die Arbeiter... die Bewegung unter allen Umständen... die Arbeiter...

Die Bewegung unter allen Umständen... die Arbeiter... die Bewegung unter allen Umständen... die Arbeiter... die Bewegung unter allen Umständen... die Arbeiter...

Die Bewegung unter allen Umständen... die Arbeiter... die Bewegung unter allen Umständen... die Arbeiter... die Bewegung unter allen Umständen... die Arbeiter...

Die Bewegung unter allen Umständen... die Arbeiter... die Bewegung unter allen Umständen... die Arbeiter... die Bewegung unter allen Umständen... die Arbeiter...

Die Bewegung unter allen Umständen... die Arbeiter... die Bewegung unter allen Umständen... die Arbeiter... die Bewegung unter allen Umständen... die Arbeiter...

Die Bewegung unter allen Umständen... die Arbeiter... die Bewegung unter allen Umständen... die Arbeiter... die Bewegung unter allen Umständen... die Arbeiter...

entzogen, wegen der von ihnen im Grae Fernando gehaltenen Reden gegen den Generalprokurator Beaupaire.

Paris, 5. Februar. Die das Journal 'Le Patriote' meldet, soll bereits heute Abend der Beschluss des Untersuchungsrichters ergangen sein, nach welchem die in der Angelegenheit der Secès des Mèaux verurteilten Personen, Genisch, L'Espresso und Sécretan vor das Justizpolizeigericht verwiesen worden.

In seiner Antwort auf Depost de Saunays Auskunftsbegehren bezüglich der Wahlumtriebe in Toulouse bat der Minister des Innern zunächst, den Präfekten der Ober-Garonne, dessen Rechtmäßigkeit über jeden Zweifel erhaben sei, aus dem Spiel zu lassen. Die Anklagen des Abg. Labats seien zu unbestimmt ausgedrückt; er behaupte, es sei Betrug vorgekommen, nenne aber keine Thätere. Unter diesen Umständen habe der Staatsanwalt die Untersuchung einstellen müssen. Der Abg. Dion erklärte sich als nicht befriedigt durch diese ausweichende Erklärung und verlangte eine strenge gerichtliche Untersuchung über die bei der Wahl vorgekommenen Betrügereien. Der Siegelbewahrer Thavenel erwiderte, die Untersuchung bezüglich der Klage Labats sei nie aufgegeben worden. Infolge einer Verständigung zwischen dem Kläger und dem Staatsanwalt sei sie nur bis zur Verhandlung der Wahl des Abg. Calvinaç, der in Toulouse gegen Labat auftrat und mit 6 Stimmen Mehrheit gewählt wurde, verschoben worden. Die Kammer verleihe die weitere Verhandlung des Auskunftsbegehrens Depost de Saunays auf Sonnabend, wo Calvinaçs Wahl auf der Tagesordnung steht — hierauf schloß sich die Verhandlung über die auf Bildung großer Fachausschüsse bezüglichen Anträge. Bourgois beschränkte dieselben, Despres sprach sich dagegen aus. Die Diskussion über diese Frage wird fortgesetzt.

Belgien.

Der gestern in Jambes versammelte Kongress der belgischen Bergarbeiter, auf welchem alle vier Kohlenbeden Belgiens vertreten waren, hat endgiltig die Föderation der belgischen Bergarbeiter mit dem Sitze in Charleroi bestätigt. Ein aus je 2 Deputirten der 4 Kohlenbeden gebildetes Komitee leitet diesen Bund und setzt sich sofort mit allen ausländischen Bergarbeiter-Verbänden in Verbindung. Kein Ausschluss darf ohne Zustimmung des Komitees erfolgen. Es wird eine für die Durchführung von Ausständen bestimmte Widerstandskasse, in welche jeder Arbeiter monatlich 5 Centimes zahlt, gebildet; ihre Bestände werden in Stablos angelegt. Der Kongress nahm den achtstündigen Arbeitstag an und forderte das allgemeine Stimmrecht. — Durch diese Beschlüsse sind die Grundlagen, auf welchen fürderhin die Organisation der Bergleute der vier großen belgischen Kohlenbeden beruhen wird, zum ersten Male festgelegt. Diese Einigung, so einfach sich in Deutschland erscheinen mag, ist von um so größerer Bedeutung, wenn man die Schwierigkeiten erwägt, die diesem Organisationsversuche entgegenstanden. Die belgischen Bergleute, von denen nur eine kleine Zahl Schulbildung genossen hat, über die Bedeutung solcher geordneter Arbeitervereinigungen aufzuklären, ist eine schwierige Sache und hat den Führern der Bewegung sehr viel Mühe gemacht. Dieselben, namentlich die beim letzten Streik hervorragend theilgenommenen, so Fauvaut aus Mons und Gillewaert aus Charleroi, hatten obendrein das Mißtrauen zu bekämpfen, welches wegen ihres Verkehrs mit den Zehenden in einzelnen Kreisen entstanden war. Daß trotzdem die Einigung zu Stande kam und die Organisation festgelegt wurde, ist sehr erfreulich.

Balkanländer.

Sofia, 5. Februar. Nach dem Journal 'Svoboda' erfolgte die Verhaftung des Majors Panija wegen seines Verhaltens an öffentlichen Orten und wegen beleidigender Äußerungen gegen die höchsten Behörden. Außerdem soll Panija einige Militär- und Zivilpersonen zu ungesetlichen Akten verleitet haben. Sechs Personen, darunter 3 Kavallerie-Unteroffiziere wurden als Mitschuldige verhaftet. — Der Polizeipräsident von Sofia gab seine Entlassung; dieselbe wurde angenommen.

Kommunales.

Stadterordneten-Versammlung.

Sitzung vom Donnerstag, den 6. Februar. Der Stadterordnete-Vorsteher, Stadtr. Dr. Struck, eröffnet die Versammlung um 5 1/2 Uhr mit einer Reihe geschäftlicher Mittheilungen.

Nach Eintritt in die Tagesordnung wird ein Naturalisationsgesuch geschäftsordnungsmäßig erledigt. Auf Antrag des Rechnungsausschusses werden einige Rechnungen und der Jahresabschluss der Verwaltung der städtischen Markthallen pro 1. April 1888/89 beharrigt.

Die Kaufpreise der für die Erweiterung der Zentral-Markthalle zu verwendenden städtischen Grundstücke Neue Friedrichstraße 31, 32, 33 und 34 werden rechnerisch festgestellt.

Für das Kuratorium der Stiftung der Berliner Gewerbeausstellung im Jahr 1879 ist ein Mitglied zu wählen. Vorgeschlagen sind Tagesrater Karl Wildberger, Bismarckstr. 1 und Drechslermeister Dormer, Bismarckstr. 49. Gewählt wird mit 72 Stimmen Drechslermeister Dormer; auf W. fallen 6 Stimmen.

Einige unwesentliche Magistratsanträge werden debattellos bewilligt.

Die Skizze zum Bau einer Markthalle in der Badstr. 10-11 und Grünhaldenstr. 3-4 wird genehmigt. Einige Rechnungen gehen an den Rechnungsausschuss. Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Schluß 6 Uhr.

Es folgt eine nicht öffentliche Sitzung.

Zur Reichstagswahl am 20. Februar veröffentlicht der Magistrat soeben das Tableau der Wahlkreise und Wahlbezirke, der Wahllokale und Stellvertreter, sowie der Lokale. Im Ganzen wird hier an 541 Stellen gewählt, im 1. Wahlkreise an 39, im 2. an 111, im 3. an 58, im 4. an 135, im 5. an 50 und im 6. an 148 Stellen. Die Wahl erfolgt von 10-6 Uhr. Einladungen ergehen nicht. Jeder Wähler muß eine Legitimation bei der Hand haben. Man wählt in demjenigen Bezirk, in welchem man zur Zeit der Aufstellung der Wählerliste d. h. Anfang Januar d. J., gewohnt hat.

Gerichts-Beitrag.

Wie der Schulants-Kandidat L. zu einer Anklage wegen groben Unfugs kam, weil er nach Ordnung sehen wollte, das wurde in einer Verhandlung erörtert, die gestern vor der 90. Abtheilung des Schöffengerichts stattfand. Der Angeklagte wohnte in einem Hause in der Marienstr. 10, welches seiner Behauptung nach viele unfauberen Elemente birgt. Am 30. November v. J. kam Herr L. Morgens 5 Uhr nach Hause, und zwar in einem Zustande, den er selbst als 'leicht erregt' bezeichnete, den die Zeugen aber trotz seiner lebhafte Einprägung einfach 'angetrunken' nannten. Er fand die Hausthür bereits offen und dies durchaus nicht in der Ordnung, weshalb er sich den Wächter auf der Straße aufsuchte, um ihn zur Rede zu stellen. Da dieser sich auf längere Auseinandersetzungen nicht einlassen wollte, so ging der Angeklagte nach dem nächsten Polizeirevier und klingelte bis ihm geöffnet wurde. Er fragte einen Schutzmännchen, wie lange der Wächter Dienst habe, worauf er mit ihm ertheilten Antwort nicht zufrieden, und bestand nun mit großer Ausdauer darauf, daß man den Polizeileutnant sofort wecken möge, derselbe müsse ihm Auskunft geben. Als alle Erklärungen, daß der Reviervorstand erst um 8 Uhr zu sprechen sei, nichts fruchteten, schob man den Marinädigen auf die Straße. Hiermit glaubte man sich des Querculanten entledigt zu haben, irzte sich aber, denn der Angeklagte zog die Klingel bis man ihm von Neuem öffnete. Er verlangte zu Protokoll vernommen zu werden und betrug sich so ungebührlich, daß die Schutzmännchen ihn für eine halbe Stunde in die Stützstelle sperrten. Das half, er wurde ruhig und ging nach Hause. Er wollte es indessen durchaus nicht einsehen, daß er sich anders benommen, wie es einem ruheliebenden und nach Ordnung sehenden Bürger zukomme, deshalb beantragte er richterliche Entscheidung, als ihm ein Strafmandat in Höhe von 15 M. wegen groben Unfugs zugestellt wurde. Auch im Termine vertrat er die sonderbare Ansicht, daß er das Recht habe, den Reviervorstand aus dem Schlafe wecken zu lassen, wenn er in einer so wichtigen Haushütern-Angelegenheit zu Protokoll genommen zu werden wünsche. Der Gerichtshof erwog, daß es dem Angeklagten von vorn herein nicht um die Verübung eines groben Unfugs zu thun gewesen und ermäßigte deshalb die Strafe auf 10 M.

Suchte, um ihn zur Rede zu stellen. Da dieser sich auf längere Auseinandersetzungen nicht einlassen wollte, so ging der Angeklagte nach dem nächsten Polizeirevier und klingelte bis ihm geöffnet wurde. Er fragte einen Schutzmännchen, wie lange der Wächter Dienst habe, worauf er mit ihm ertheilten Antwort nicht zufrieden, und bestand nun mit großer Ausdauer darauf, daß man den Polizeileutnant sofort wecken möge, derselbe müsse ihm Auskunft geben. Als alle Erklärungen, daß der Reviervorstand erst um 8 Uhr zu sprechen sei, nichts fruchteten, schob man den Marinädigen auf die Straße. Hiermit glaubte man sich des Querculanten entledigt zu haben, irzte sich aber, denn der Angeklagte zog die Klingel bis man ihm von Neuem öffnete. Er verlangte zu Protokoll vernommen zu werden und betrug sich so ungebührlich, daß die Schutzmännchen ihn für eine halbe Stunde in die Stützstelle sperrten. Das half, er wurde ruhig und ging nach Hause. Er wollte es indessen durchaus nicht einsehen, daß er sich anders benommen, wie es einem ruheliebenden und nach Ordnung sehenden Bürger zukomme, deshalb beantragte er richterliche Entscheidung, als ihm ein Strafmandat in Höhe von 15 M. wegen groben Unfugs zugestellt wurde. Auch im Termine vertrat er die sonderbare Ansicht, daß er das Recht habe, den Reviervorstand aus dem Schlafe wecken zu lassen, wenn er in einer so wichtigen Haushütern-Angelegenheit zu Protokoll genommen zu werden wünsche. Der Gerichtshof erwog, daß es dem Angeklagten von vorn herein nicht um die Verübung eines groben Unfugs zu thun gewesen und ermäßigte deshalb die Strafe auf 10 M.

Ein Kampf um die bekannten 'Aesculap'- (Gesundheits-) Zigarren und Zigaretten beschäftigte gestern die I. Strafkammer des hiesigen Landgerichts I in einer Anklage wegen Vergehens gegen das Markenrecht. Gesele, welche sich gegen die Zigarettenfabrikanten Emil Herrmann, Franz Wieland Nachf., richtete. Die Aesculap-Zigarren sind ein Erzeugniß einer Zigarettenfabrik in By mont bezw. Bremen, welche den Vertrieb derselben dem Zigarettenhändler Franz Wieland übertragen hat. Derselbe bezieht diesen Vertrieb bei, nachdem er sein Geschäft an den Angeklagten verkauft hatte. Letzterer aber kündigte gleichfalls sein Geschäft als Generaldepot der Aesculap-Zigaretten an und machte in seinem Annoncen-Logar wiederholt darauf aufmerksam, die echten Aesculap-Zigaretten nur bei ihm zu haben, die anderweitig angekauften aber Nachbildungen seien. Herr Wieland stellte nun aber fest, daß die vom Angeklagten verkauften Zigaretten gar nicht aus der Bremer- bezw. Bymonter Fabrik kamen, sondern nur die Verpackung und die Marke der Aesculap-Zigaretten ziemlich genau nachgeahmt worden sei. Der Angeklagte bestritt nach jeder Richtung hin seine Schuld und behauptete, daß die Figur des Aesculap für Jedermann zur Benutzung als Marke frei sei. Der Gerichtshof hielt jedoch die unbefugte Nachbildung einer geschützten Marke für vorlegend und verurtheilte den Angeklagten zu 500 M. Geldbuße.

Der Kolportageroman 'Der Schatzkammer von Berlin' ist vom Polizeipräsidenten verboten worden, weil dessen Inhalt theilweise als in fittlicher Beziehung ärgernis erregend gehalten wird. Gegen eine ganze Anzahl Kolportagehändler, welche trotz des Verbots den Vertrieb des Werkes fortführen, ist Anklage erhoben und in dem ersten vor dem Schöffengerichte zur Verhandlung gelangten Fall auch ein verurtheilendes Erkenntniß gefällt worden. Gestern sollte wiederum eine derartige Anklage vor der 90. Abtheilung des Schöffengerichts verhandelt werden, der Beschuldigte hat aber, die Sache zu verlagern, bis die vorerwähnte Anklage, die vom Verrein der Kolportage-Buchhändler durch alle Instanzen getrieben werden sollte, einen endgiltigen Abschluß durch Erkenntniß des Kammergerichts erfahren habe. Der Gerichtshof folgte diesem Antrage.

Stuttgart, 6. Februar. Der Staatsanw. für Württemberg theilt über das gerichtliche Verfahren gegen den Attentäter Martin Müller folgendes mit: Müller hatte ursprünglich angegeben, er sei katholisch und habe den Prinzen Wilhelm erschossen wollen, damit Württemberg einen katholischen König bekomme; später nahm Müller, welcher evangelisch ist, die Angabe zurück, indem er bestimmt ohne ferneres Schwanken versicherte, er habe den Prinzen nicht treffen wollen, sondern einen Schuß abzugeben und absichtlich fehlgeschossen, damit der König, empor über das Attentat das Hausgesetz dahin abändere, daß die katholischen Mitglieder des königlichen Hauses von der Thronfolge ausgeschlossen werden. Diese Behauptung des fingirten Attentäters findet eine Unterstüzung in dem Umstande, daß eine Kugel nirgends entdeckt werden konnte. Beachtenswerth ist ferner, daß Müller sich früher stets als warmer Verehrer des Prinzen Wilhelm gezeigt hatte. Die That erklärt sich aus einem physischen Zustande. Der Oberamtsarzt in Ludwigsburg erklärte nach eingehender Beobachtung, Müller leide an primärer Verirrtheit; dieselbe Ueberzeugung von einer krankhaften Störung der Geistesthätigkeit des Müller gewann auch der Untersuchungsrichter; ebenso sprach sich das Medizinall collegium dahin aus, daß die Inzurechnungsfähigkeit des Müller unabweisbar sei. Auf den Antrag des Staatsanwalts entschied das Landgericht Stuttgart, Müller sei hinsichtlich der Beschuldigung des Mordversuchs und Hochveraths außer Verfolgung zu setzen in Erwägung, daß die Frage auf sich beruhen könne, ob ein wirklicher Mordversuch oder bloß der Entschluß den Schirm einer Tödtungsabsicht zu erregen, vorliege, insofern außer Zweifel stehe, daß Müller geistesgestört gewesen und die frei-Willensbestimmung ausgeschlossen war. Müller, welchen das Medizinall collegium als entschieden gemeingefährlichen und muthmaßlich unheilbaren Geisteskranken bezeichnete, wird nunmehr in eine öffentliche Irrenanstalt gebracht.

Versammlungen.

Die kaufmännischen Wähler hielten am Dienstag Abend eine öffentliche Versammlung unter Vorsitz des Herrn Hinge ab, welche den ziemlich geräumigen Saal des alten Schützenhauses in der Vinkenstraße bis auf den letzten Platz füllte. Herr Alb. Auerbach sprach über: 'Die Kaufleute und die bevorstehenden Wahlen.' Er sagte folgendes: Nicht um eine neue Partei zu gründen, sei die heutige Versammlung einberufen, sondern um zu ergründen, welche Partei die Interessen des arbeitenden Volkes und somit die des Kaufmanns wahrhaft vertritt. Bis jetzt seien die Kaufleute nach althergebrachter Sitte einer Partei nachgeliefert, die sich eines gewissen Freiheits rühmt. Doch die neue Zeit habe Zustände herangebildet, die es doch bedenklich machen, einer Partei noch weiter anzugehören, die die wirtschaftlichen Interessen des Kaufmanns in keiner Beziehung vertritt. Schuld an dieser geringen Erkenntniß habe der Nimbus, mit dem die Gründerperiode den Kaufmannsstand umgeben. Damals habe es geschienen, als gewöhre die einfache Zugehörigkeit zum Kaufmannsstand den jungen Mann die höhere Aussicht auf ungeahnte Millionen. Jetzt könne ein Kaufmann aber nur noch durch außergewöhnliche Glücks-umstände zum Wohlthäter gelangen. Wie sehe es jetzt mit dem Entwicklungsgange des jungen Kaufmanns aus. Er trete als Lehrling in ein Geschäft. Niemand kümmert sich um ihn. Ihm wird eine gewisse Arbeit angewiesen, auf die er eingedrillt wird. So erhebt er die Arbeitskraft eines Gehilfen. Ost werde der Lehrling so: noch Verdingung seiner Lehrtzeit einflusslos. (Rufe: Sehr wahr!) Ein neuer trete an seine Stelle! Manche Geschäfte seien reine Behlirgsfabriken, in denen der Kaufmann einmal den Rawen seines Lehrlings kennt (Bravo. Ruf: Nicht wahr!) Erst als Gehilfe tritt er etwas. Nicht wird auf die Gesundheit des Lehrlings Rücksicht genommen. Er

Frankreich. Paris, 5. Februar. Der Appellgerichtshof hat Laquerre über die Ausübung ihres Berufes als Advokaten, dem dem letzten auf sechs Monate, dem letzten auf einen Monat

ist vollständig vorzuziehen, er ist der rückwärtslosen Ausbeutungslust des Geldes anheimgegeben. Kein Gesetzesparagraph schließt ihn. Diese massenhafte Lehrlingsausbildung schafft ein großes Heer von Kaufleuten, die gern arbeiten wollten, aber keine Arbeit finden können, und für die der Staat nichts thut und, wie er besteht, nichts thun kann. Die Statistiken der Arbeitshäuser reden mit erschreckender Deutlichkeit. Diese Reservearmee brückt den Lohn der Arbeitenden und die Rückbildungsfrist in ihrer Länge äußerst tief herab. Man finde ja schon einläufige Kündigungsfristen. Der Freisinn wolle nichts von einer Regelung dieser Frage wissen; er weist stets auf die "freie" Verdingbarung hin, die nichts als die Freiheit des Verdingens bedeute. Der Freisinn sage ferner: "Ihr Gehilfen seid doch nur für kurze Zeit Gehilfen. Ihr werdet alle selbstständig und dann wäre es Euch doch sehr unangenehm, wenn Gesetze bekämen, die diese Frage regeln." Unter den heutigen Verhältnissen bleibe der Gehilfe stets Gehilfe, stets Lohnarbeiter; alle Träume von einstiger Selbstständigkeit ist gestrichelt vor der rauhen Wirklichkeit. Das Groskapital breite sich hier immer mehr seine Fingerringe aus. Der Kleinkaufmann kann mit seinem "Kollegen" Großkaufmann nicht konkurrieren, mag er sich mit seiner Frau oder einer Hilfskraft von früh bis spät quälen und schinden. Der Großkaufmann könne, da er den Daumen rühren kann, den Fabrikanten die Waarenpreise vorzuschreiben, der Kleinkaufmann muß jeden Preis bezahlen, weil er den Kredit in Anspruch nehmen muß. Wird dann der Wechsel präsentiert, so muß er zahlen, ganz gleich, ob er Verkauf und Einnahmen gehabt hat, oder nicht. Viele Existenzen gehen deshalb zu Grunde. Und der Umsatz beim Kleinkaufmann wird von Tag zu Tag geringer. Sein kapitalstärkter Konkurrent könne die Waaren billiger und besser liefern, als er, da er vortheilhafter eingekauft hat. Er bietet den Kunden im Laden Luxus und Baquemlichkeit und eine größere Auswahl. Fordere man bei dieser Schlappe den Kleinkaufmann auf, Schulter an Schulter mit dem Lohnarbeiter zu stehen, so weise er das mit Entrüstung zurück; sein Stolz läßt dies nicht zu. Er hofft noch immer, daß eine bessere Zeit kommt, man müsse nur intelligent und thätig sein. Doch, wenn die Intelligenz nicht vom Geldsacke unterstützt werde, sei sie keine Pflasterung werth. Die Freisinnigen weisen immer auf die Einzelfälle hin, in denen ein Kaufmann durch "eigene Kraft" — lies Glückszufälle — in die Höhe kam. Die Konkurslisten und Selbstmordstatistiken beachten niemand. Redner nimmt noch Selbstmord, Kauf mit der Verachtung, die dem Hauzweihandel entgegengebracht wird, ins Gericht zu geben. Der Kaufmann sei auch ein Staatsbürger, der leben will und Steuern bezahlen muß. Redner verliest da auf einen "Berliner Brief" in der "Frankf. Zeitung", der der Anschauung der Sozialdemokratie über den wirtschaftlichen Entwicklungsgang vollkommen recht giebt. Bei dieser Schlappe müsse man sich fragen, ob man noch länger einer Partei folgen solle, die alles ihren Gang gehen lassen wolle, oder ob man sich nicht einer Partei anschließen müsse, die diese Zustände unerträglich findet und ihnen abhelfen will. Es ist unrichtig, daß sich tagtäglich Tausende das Hirn zermartern, wie sie morgen ihren Unterhalt finden sollen. Die Sozialdemokratie will, daß das Volk die Produktion in die Hand nimmt und jeder arbeitet, der arbeiten kann. Wohl arbeitet schon jetzt die große Masse der Handlungsgelassen, aber ihre Arbeit ist unnütz, sie vertheuert nur das Produkt. Die Gehilfen sollten sich einer Partei anschließen. deren Ideal eine geregelte Produktion ist. Nicht sollen mehr Massen produziert werden, die nicht verbraucht werden. Schließen Sie sich, so schließt Redner, einer Partei an, die die Bildung, die heute Privilegium der Reichen ist, der Allgemeinheit zugänglich machen will, die Frieden um jeden Preis haben will, wenden Sie sich von einer Partei ab, die nur am Militäretat herumtrümpelt und doch das Budget kemilligt. Richten Sie, die Sie Tag ein, Tag aus Redner ein müssen, am 20. Februar ihren Raden auf, geben Sie am Tage der Wahl ihre Stimme einem Kandidaten der Zukunft der Partei, die das Wohl des Volkes auf ihre Fahne geschrieben hat, geben Sie Ihre Stimme am 20. Februar einem Kandidaten der Sozialdemokratie! (Kaufmänner Beifall.) Die Diskussion gestaltete sich äußerst lebhaft, da auch einige Deutschfreisinnige das Wort ergriffen. Die Gegner gaben dem Referenten in allen Hauptpunkten Recht, kamen aber stets zu einem anderen Schlusse, als der Referent. Die Gegner erwiderten für ihre Ausführungen auch lebhaften Beifall. Nachdem aber mehrere Genossen dieselben in glänzender Weise widerlegt hatten, wurde folgende Resolution mit allen gegen nur 17 Stimmen angenommen: "Die heute am 4. Februar er. tagende öffentliche Versammlung kaufmännischer Wähler erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden, und beschließt am Tage der demnächst bevorstehenden Reichstagswahl den Kandidaten der Sozialdemokratie ihre Stimme zu geben. Nur durch den Beschluß an diese Partei können die politischen und wirtschaftlichen Interessen der Kaufleute, der selbstständigen sowohl, als auch der angestellten, mit Ausnahme der Groskapitalisten natürlich, gewahrt werden." Unter "Verschiedenes" wurde noch beschlossen, von jetzt ab nur noch Hüte zu kaufen, die mit der Arbeiterkontrollmarke deutscher Outmacher versehen sind. — Mit einem dreifachen, donnernden Hoch auf die internationale Sozialdemokratie schloß die Versammlung, die von bedeutendem Beifall für die sozialdemokratische Agitation unter den jungen Kaufleuten ist.

Eine große Versammlung des Vereins der Klempner Berlin und Umgebung fand am Dienstag, den 4. d., in Lehmann's Salon, Schwedischstr. 23, statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Vortrag des Herrn Kreyer über: "Kultur-entwicklung, 2. Diskussion, 3. Wahl eines Vergütungs-Komitees, 4. Verschiedenes und Fragelasten. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, verlas Kollege Klische das Protokoll der letzten Versammlung, welches unverständlich angenommen wurde. Es ertheilte hierauf der Vorsitzende Kollege Selchow, dem Referenten das Wort: Redner entledigte sich seiner Aufgabe zur vollen Zufriedenheit der Versammlung und wurde demselben für seine lehrreichen Ausführungen kühnlicher Beifall zu Theil. An der Diskussion theilnahmen sich die Kollegen Selchow und Köhler, welche sich im Sinne des Referenten aussprachen. Es lief folgende einstimmig angenommene Resolution ein: Die heute in Lehmann's Salon tagende Versammlung der Klempner Berlins erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden und beschließt, dem Vortrage gemäß, am 20. Februar ihre Stimme nur den Vertretern der Arbeiterpartei zu geben, weil thatsächlich nur diese die Interessen des arbeitenden Volkes vertreten und die Kultur-entwicklung der Arbeiterklasse anstreben. Daraus wurde die Versammlung zur Aufnahme neuer Mitglieder und zum Einzeichnen von Wohnzonen auf die "Metallarbeit-er-Zeitung" auf 10 Minuten vertagt. Zum dritten Punkt, Wahl eines Vergütungskomitees, wurden folgende Kollegen gewählt: Selchow, Ruder, Fröhner, Keller, Schieber, Bischoff, Grodowski, Klische, Bödel und Camens. Zum vierten Punkt, Verschiedenes, nahm Kollege Zimmermann das Wort und theilte der Versammlung mit, daß die Arbeitspreise in der Fabrik, wo er arbeitet, um 25 pCt. reduziert worden seien. Es verlangten mehrere Redner, diese Fabrik bekannt zu geben, welches aber verweigert wurde mit dem Hinweis, solches so lange zu unterlassen, bis die Faktokommission die Angelegenheit geregelt hat. Kollege Klische ergriff hierzu das Wort und führte der Versammlung vor Augen, wie notwendig es ist endlich gegen ein solches Ausbeutungssystem eine entschiedene Front zu machen. Redner weist auf die Schlaueit der Herren Arbeitgeber hin, welche mit jedem Geschäft operiren und den Lohn ihrer Arbeiter in einer Jahreszeit reduzieren, wo sie die Gewinnschicht haben, daß ihnen eine große Reservearmee der Arbeitslosen zur Seite steht, worauf

diese Herren ihre Pläne bauen. Diese Herren Arbeitgeber können aber zu verassen, oder wissen es theilweise noch nicht, daß die Kampfer Berlins nicht mehr wie vor Jahren als führerlose Schafe umherirren, sondern daß sie eine gut organisierte Armee bilden, welche dem Kapital gegenüber Trutz und den gemäßigten Kollegen Schutz bieten kann, und daß es Leute giebt, die für die gerechte Sache eintreten. Redner rief noch den Kollegen zu, für unsern Verein mit ganzer Kraft zu agitiren und die Kollegen heranzuziehen, welche bisher unserer Organisation noch fern gestanden haben. Es liefen noch folgende Anträge ein, welche sämtlich angenommen wurden: 1. Antrag: Den gemäßigten Outmachern in Luderwalde 50 M. Unterstützung zu gewähren. 2. Antrag: Die nächste Versammlung nach dem 20. Februar einzuberufen. 3. Antrag: Den Vorstandsmitgliedern und den Agitatoren, wenn dieselben arbeitslos sind, im Arbeitsnachweis zu berücksichtigen, weil dieselben pekuniär leicht verhindert werden könnten, ihre Pflichten dem Verein gegenüber zu erfüllen. Da sich niemand mehr zum Wort meldete, so schloß der Vorsitzende mit der Mahnung an die Mitglieder, am 20. Februar ihre Pflicht zu erfüllen, um 12 1/2 Uhr die Versammlung.

Die Central-Kassen für die Maurer, Steinhauer u. s. w., Grundstein zur Einigkeit, örtliche Verwaltung Berlin I. hielt am Sonntag, den 19. Januar, ihre Mitglieder-Versammlung in Schaffer's Salon, Inselstraße 10, ab. Auf der Tagesordnung stand: 1. Abrechnung des Kassiers vom vierten Quartal 1889 und Berichterstattung der Revisoren. 2. Verschiedenes und Kassenanlegenheiten. Zum 1. Punkt verlas der Kassier Herr Müller die Abrechnung, die eine Einnahme inkl. des alten Bestandes von 28 251,84 M. ergab, der eine Ausgabe von 26 703,77 M. gegenübersteht, somit ein Bestand von 1547,56 M. verbleibt. Markendeband am 1. Januar I. Klasse 8989, II. Klasse 8805, III. Klasse 103, Extrasteuer 656. Nachdem die Abrechnung von den Revisoren bestätigt wurde, wurde dem Kassier Decharge ertheilt. Hierauf stellte der Hilfskassier Karl Schmidt den Antrag, für Süd-Ost einen Hilfskassier zu wählen, da er eine unfreiwillige Reise antreten müsse, wurde aber, da gegen denselben in seinem Amt nichts nachzuweisen war, nur der stellvertretende Hilfskassier Herr Gadow Kasse gewählt, und fassiert derselbe Sonnabend Abend und Sonntag Vormittag Waldemarstraße Nr. 61, Ecke Mariannenplatz, beim Restaurateur. Ein weiterer Antrag, die Hilfskassier für das Umschreiben der Bücher extra zu entschädigen, wurde dem Vorstand überlassen und die Versammlung geschlossen.

Der Fachverein der Lithographen-Steinschleifer und Berufsge nossen veranstaltete am Sonntag von 12—3 Uhr in Kaufmann's Variet6 eine Matinee zum Besten erkrankter Mitglieder. Billets à 30 Pf. sind vorher zu haben bei F. Rose, Landbergerstr. 16 und im Zigarengeschäft von Schiffmann, Königs-Colonnen 9. Gleichzeitig sei bemerkt, daß sich am Kopf der Billets ein Barwert befindet. Programm 10 Pf. Es könnte dieses den Trübsinn erwidern, als müsse ein Programm extra gekauft werden, dieses ist jedoch nicht der Fall, sondern das Programm ist vollständig auf dem Billet vorhanden und ist dieser Vermerk nur irthümlich gedruckt. Gleichzeitig mag den Steinschleifern, Steinbrüdern, Lithographen und Berufsge nossen hierdurch mitgeteilt werden, daß am Dienstag, den 11. ds. Mts., eine öffentliche Versammlung der Steinschleifer und Berufsge nossen stat findet. Näheres durch Inserat in der Sonntagsnummer des "Berliner Volksblatt".

Im Verein der Maschinenisten und Feiler, Neue Jakobstraße 24/25, hielt am Sonntag, den 2. d., Herr Ingenieur R. März einen höchst interessanten Vortrag über die Lautdruck-Transmissionen in Paris. In der darauf folgenden Diskussion wurde es auch zur Sprache gebracht, daß die hiesige Diskontogesellschaft eine ebensolche Anlage hier in Berlin in s Leben zu len wird. Da darauf bezüglich die Pöppel'schen Patente von genannter Gesellschaft erworben worden sind.

Eine Versammlung des Fachvereins für Schlosser fand Montag, den 3. d. M., bei Feuerstein nat. R. Baginski hielt einen beifällig aufgenommenen Vortrag über: "Vollständiger wirtschaftliche Entwicklung". Eine Debatte über ein von dem Kommerzienrath Rühnemann in seiner Fabrik ins Leben gerufenes Institut (nach nationalliberalem Muster), das den hochtrabenden Namen "Arbeiterrat" trägt, wurde nach kurzer Debatte abgelehnt. Der Rühnemann soll zur nächsten Versammlung eingeladen werden. Eine Resolution, die scharf gegen die bekannte Heuchelei des Direktor des Innern protestirt, wurde abgelehnt, da wir dieselbe nicht für beachtenswert genug hielten. Es wurde weiter beschlossen, vor der Wahl keine Versammlung mehr abzuhalten, außer die für den Norden nächsten Montag. Die Beifall von Schüler, Blücherstraße 56, wurde scharf kritisiert, derselbe ist bis auf weiteres der Zustand sein zu halten, da die dortigen Kollegen mit den Mithänden etwas ausräumen wollen. Es wurde weiter noch auf die freie Hilfskasse der Metallarbeiter und auf das am 22. Februar in der Bodbrauerei stattfindende Stiftungsfest hingewiesen, eben o ermahnt, gelebte Arbeiterblätter recht zahlreich in den Sammelstellen abzuliefern.

Friedrichshagen. Am Donnerstag, den 30. Januar, fand in Friedrichshagen eine von etwa 500 Personen besuchte Wähler-Versammlung statt, in welcher der Kandidat des Niederrhein-Wahlkreises, Herr Rechtsanwalt Stadthagen, das Programm der sozialdemokratischen Partei entwickelte. Er nahm entschieden Stellung gegen die von der Majorität des vergangenen Reichstages eingeschlagene Steuerpolitik und führte aus, daß durch Einführung einer progressiven Einkommensteuer der Reizere entlastet, der Reiche dagegen eine entsprechend höhere Steuer zu zahlen hätte, und die Steuer auf diese Art eine gerechte genannt werden könnte. Die Höhe auf notwendige Nahrungsmittel wolle er abgeköpft wissen, da sie den Armen unerschwinglich hoch belasten. Zum Beweise wies er nach, daß durch die Getreidezölle eine Familie, welche täglich ein fünf-pfundiges Brot braucht, eine jährliche Steuer von 56 M. darauf zahlt. Bei der Beantwortung wies er nach, daß nur die "armen" Grobrenner Nutzen von haben. Bezüglich des Invaliditäts- und Altersvorsorgegesetzes macht er den, die es vielleicht noch nicht wissen sollten, bekannt, daß es dem Staate durch Erhöhung von Steuern und Zöllen, meist auf notwendige Lebensmittel und durch Verzinsung von 1/2 des Beitrages durch den Arbeiter selbst, gelüdt ist, ihm, wenn er über 70 Jahre alt, also arbeitsunfähig ist, eine passable Rente von 33 1/2, täglich zu zahlen. Bei der Besprechung des neuen bürgerlichen Gesetzes, betonte der Redner bei dem Gewerbebesetze als hervorragende Leistung die Untertragung solcher Patente, durch welche der Arbeiter zehn Jahre im Dienste gebunden wird. Ferner unterzog er die in diesem neuen Gesetze einwirkende Vertriebspolitik einer Kritik. Er führte aus, daß, wenn dieselbe eingeführt würde, die kleinen Grundeigentümer in die Hände des Groskapitals getrieben würden. Statt solcher Gesetze sei ein Arbeiterchutzgesetz mit Abschaffung der Frauen- (? Red.) und Kinderarbeit einzuführen. Auch wies Redner noch nach, daß die Interessen der Ringhandwerker mit denen der Arbeiter unbedingt zusammenfallen. Zum Schlusse kam er auf das Sozialstempelgesetz zu sprechen. Er führte aus, daß dieses Gesetz 1884 gefaßt wäre, wenn die 27 Freisinnigen, die damals den Ausschlag geben konnten, nicht für dasselbe gestimmt hätten. Im Jahre 1887 haben sie freilich dagegen gestimmt, da konnten sie aber nichts zur Entscheidung beitragen, thaten es auch wohl nur, weil sie Angst hatten, es könnte gegen sie selbst angewendet werden. Ferner tabelte Redner noch scharf, daß die Männer des Freisinn in einzelnen Wahlkreisen für den Karriell-

kandidaten gestimmt haben. Da die anderen mit Ausnahme Einzelner, nicht dazu zu haben so muß die sozialistische allein Front machen gegen die Besitz und dafür Sorge tragen, daß dem Volke die Freiheit, die Redefreiheit, Versammlungsfreiheit, und vieles andere wieder zurückgegeben wird. Er muß, daß dieses Gesetz sogar schädlich auf die Verhältnisse Folge davon bezeichnete er die Geheimwählerpolitik. Gegner, schloß er, setzen zwar alles daran, um zu verhindern, es wird ihnen aber nicht gelingen, so große Geistesmacht zu ertöden, denn sie pflanzen sich von selbst weiter, und der Sieg wird bei unsere sein. In der darauf folgenden Diskussion aus der Versammlung mittheilte, daß der sozialdemokratische Vorleser auf die Frage: "Ob er zur allgemeinen geheimen direkten Wahlrecht für die Partei werde sich hüten und Verortigen thun." seine Stimme geben würde, geantwortet hat: "Ja, die Partei werde sich hüten und Verortigen thun." Zur Veranschaulichung schloß mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

Große öffentliche Wähler-Versammlung des Reichstagswahlkreises am Freitag, den 7. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im Saal des Rathhauses, Berlin, Nr. 11—12. Tagesordnung: 1. Diskussion, 2. Verschiedenes. Bericht: Herr Köhler. 2. Diskussion, 3. Verschiedenes. Bericht: Herr Köhler. 2. Diskussion, 3. Verschiedenes. Bericht: Herr Köhler. 2. Diskussion, 3. Verschiedenes. Bericht: Herr Köhler.

Große öffentliche Versammlung der Müller und Bergbauarbeiter am Freitag, den 7. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im Saal des Rathhauses, Berlin, Nr. 11—12. Tagesordnung: 1. Diskussion, 2. Verschiedenes. Bericht: Herr Köhler. 2. Diskussion, 3. Verschiedenes. Bericht: Herr Köhler.

Große öffentliche Generalversammlung sämtlicher Leute Berlin und Umgebung am Freitag, den 7. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im Saal des Rathhauses, Berlin, Nr. 11—12. Tagesordnung: 1. Diskussion, 2. Verschiedenes. Bericht: Herr Köhler. 2. Diskussion, 3. Verschiedenes. Bericht: Herr Köhler.

Vereinigung der Preussischer Deutschlands (Deutschlands) am Freitag, den 7. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im Saal des Rathhauses, Berlin, Nr. 11—12. Tagesordnung: 1. Diskussion, 2. Verschiedenes. Bericht: Herr Köhler. 2. Diskussion, 3. Verschiedenes. Bericht: Herr Köhler.

Verein der Modestilker Berlin. Montag, den 11. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im Saal des Rathhauses, Berlin, Nr. 11—12. Tagesordnung: 1. Diskussion, 2. Verschiedenes. Bericht: Herr Köhler. 2. Diskussion, 3. Verschiedenes. Bericht: Herr Köhler.

Verein der Steinträger und verwandten Berufsge nossen am Freitag, den 7. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im Saal des Rathhauses, Berlin, Nr. 11—12. Tagesordnung: 1. Diskussion, 2. Verschiedenes. Bericht: Herr Köhler. 2. Diskussion, 3. Verschiedenes. Bericht: Herr Köhler.

Verein der Holzarbeiter am Freitag, den 7. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im Saal des Rathhauses, Berlin, Nr. 11—12. Tagesordnung: 1. Diskussion, 2. Verschiedenes. Bericht: Herr Köhler. 2. Diskussion, 3. Verschiedenes. Bericht: Herr Köhler.

Verein der Buchbinder am Freitag, den 7. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im Saal des Rathhauses, Berlin, Nr. 11—12. Tagesordnung: 1. Diskussion, 2. Verschiedenes. Bericht: Herr Köhler. 2. Diskussion, 3. Verschiedenes. Bericht: Herr Köhler.

Verein der Tischler am Freitag, den 7. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im Saal des Rathhauses, Berlin, Nr. 11—12. Tagesordnung: 1. Diskussion, 2. Verschiedenes. Bericht: Herr Köhler. 2. Diskussion, 3. Verschiedenes. Bericht: Herr Köhler.

Verein der Schneider am Freitag, den 7. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im Saal des Rathhauses, Berlin, Nr. 11—12. Tagesordnung: 1. Diskussion, 2. Verschiedenes. Bericht: Herr Köhler. 2. Diskussion, 3. Verschiedenes. Bericht: Herr Köhler.

Verein der Klempner am Freitag, den 7. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im Saal des Rathhauses, Berlin, Nr. 11—12. Tagesordnung: 1. Diskussion, 2. Verschiedenes. Bericht: Herr Köhler. 2. Diskussion, 3. Verschiedenes. Bericht: Herr Köhler.

Verein der Schlosser am Freitag, den 7. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im Saal des Rathhauses, Berlin, Nr. 11—12. Tagesordnung: 1. Diskussion, 2. Verschiedenes. Bericht: Herr Köhler. 2. Diskussion, 3. Verschiedenes. Bericht: Herr Köhler.

Verein der Schmiede am Freitag, den 7. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im Saal des Rathhauses, Berlin, Nr. 11—12. Tagesordnung: 1. Diskussion, 2. Verschiedenes. Bericht: Herr Köhler. 2. Diskussion, 3. Verschiedenes. Bericht: Herr Köhler.

Verein der Eisenarbeiter am Freitag, den 7. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im Saal des Rathhauses, Berlin, Nr. 11—12. Tagesordnung: 1. Diskussion, 2. Verschiedenes. Bericht: Herr Köhler. 2. Diskussion, 3. Verschiedenes. Bericht: Herr Köhler.

Verein der Kupferarbeiter am Freitag, den 7. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im Saal des Rathhauses, Berlin, Nr. 11—12. Tagesordnung: 1. Diskussion, 2. Verschiedenes. Bericht: Herr Köhler. 2. Diskussion, 3. Verschiedenes. Bericht: Herr Köhler.

Verein der Zinnarbeiter am Freitag, den 7. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im Saal des Rathhauses, Berlin, Nr. 11—12. Tagesordnung: 1. Diskussion, 2. Verschiedenes. Bericht: Herr Köhler. 2. Diskussion, 3. Verschiedenes. Bericht: Herr Köhler.

Verein der Bleiarbeiter am Freitag, den 7. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im Saal des Rathhauses, Berlin, Nr. 11—12. Tagesordnung: 1. Diskussion, 2. Verschiedenes. Bericht: Herr Köhler. 2. Diskussion, 3. Verschiedenes. Bericht: Herr Köhler.

Verein der Lohgerber am Freitag, den 7. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im Saal des Rathhauses, Berlin, Nr. 11—12. Tagesordnung: 1. Diskussion, 2. Verschiedenes. Bericht: Herr Köhler. 2. Diskussion, 3. Verschiedenes. Bericht: Herr Köhler.

Verein der Gerber am Freitag, den 7. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im Saal des Rathhauses, Berlin, Nr. 11—12. Tagesordnung: 1. Diskussion, 2. Verschiedenes. Bericht: Herr Köhler. 2. Diskussion, 3. Verschiedenes. Bericht: Herr Köhler.

Verein der Färber am Freitag, den 7. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im Saal des Rathhauses, Berlin, Nr. 11—12. Tagesordnung: 1. Diskussion, 2. Verschiedenes. Bericht: Herr Köhler. 2. Diskussion, 3. Verschiedenes. Bericht: Herr Köhler.

Verein der Leinwandarbeiter am Freitag, den 7. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im Saal des Rathhauses, Berlin, Nr. 11—12. Tagesordnung: 1. Diskussion, 2. Verschiedenes. Bericht: Herr Köhler. 2. Diskussion, 3. Verschiedenes. Bericht: Herr Köhler.

Verein der Baumwollarbeiter am Freitag, den 7. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im Saal des Rathhauses, Berlin, Nr. 11—12. Tagesordnung: 1. Diskussion, 2. Verschiedenes. Bericht: Herr Köhler. 2. Diskussion, 3. Verschiedenes. Bericht: Herr Köhler.

Verein der Seidenarbeiter am Freitag, den 7. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im Saal des Rathhauses, Berlin, Nr. 11—12. Tagesordnung: 1. Diskussion, 2. Verschiedenes. Bericht: Herr Köhler. 2. Diskussion, 3. Verschiedenes. Bericht: Herr Köhler.

Verein der Wollarbeiter am Freitag, den 7. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im Saal des Rathhauses, Berlin, Nr. 11—12. Tagesordnung: 1. Diskussion, 2. Verschiedenes. Bericht: Herr Köhler. 2. Diskussion, 3. Verschiedenes. Bericht: Herr Köhler.

Literarisches.

Von der "Neuen Zeit", Stuttgart, 2. Heft des 8. Jahrganges erschienen. Inhalt: Abhandlungen: Die Bewegung in Oesterreich. Von Karl Rautava. Kriminalität in Frankreich von 1840—1886. Unterredung über ihre Entwicklung und ihre Ursachen. Von J. Lafargue (Fortsetzung). — Ueber die Hapsburger in Ungarn. Von Dr. E. R. J. Krejci. — Das Frauenstudium in der Schweiz. Von C. E. Hamlet und Don Quixote. Von Ivan Turgenjew. Aus dem Russischen übersetzt von Julie J. Reitzenstein. — Die Deportirten in Sibirien. — Ein Tunnelbau. — Deutsche Schulen in Amerika. — Die Rhein-Verkehrsbahnen.

Depeschen.

(Wolf's Telegraphen-Bureau.)

Stockholm, 6. Februar. Gestern haben in dem berga-Engen (De'arne) 400 bis 500 Arbeiter niedergelegt. Da dieselben gegen Personen und gewaltsam vorgehen, mußte Militär requirirt werden.

Briefkasten.

Bei Anfragen bitten die Abonnements-Cultung beizufolgen. Antwort wird nicht ertheilt.
J. S. Es handelt sich in Ihrem Falle weder um politische Versammlung, noch um einen politischen überhaupst um einen Verein. Eine politische Versammlung ist also überflüssig.
G. O. Steinmüller. 59. Zu unserem Bedauern können wir Ihnen keine Auskunft geben.

Einer Betriebsstörung wegen konnte die Nummer unseres Blattes erst zwei Stunden erscheinen.

wiedergeben, er hat jedoch nichts Neues; verbrämt war er mit einer eleganten, auf den größten Theil der freisinnigen Zuhörer schauend wirkenden Phrasologie. Von einem tieferen Eingehen auf die politischen und sozialen Probleme ist keine Rede; man redet vor den Wählern, empfängt fürmliche Ovationen, wird unter Applaus von Kandidaten ernannt — volltönt; die Wähler haben gehört, sind entzückt und dürfen für eine Weile politisch ruhen, nachdem sie am Wahltag das Opfer eines Ganges zur Urne gebracht haben. Um wenigstens etwas aus der Rede des Herrn Träger anzuführen, so führte derselbe aus, daß durch die Verlängerung der Legislaturperiode das Volk seltener die Gelegenheit habe, seine Meinung zu äußern; das Volkrecht werde also offenbar verkürzt, wie sehr die Kartellabgeordneten und die Kartellblätter dies auch bestritten. Eine abermalige Kartellmehrheit würde die geheime Wahl und selbst das allgemeine Stimmrecht gefährden. Das Koalitionsrecht müsse mit Entschiedenheit vertheidigt werden. Gleiches Recht für Arbeitnehmer und Arbeitgeber! (Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind aber ökonomisch ungleich stark, die Phrase „gleiches Recht“, welche Herr Träger oft wiederholte, beruht den Arbeiter nicht mehr.) Als Redner über das Sozialistengesetz sprach, untertrug er ihm die Rufe: „1884!“ „Abkommandierung!“ Herr Träger erwiderte: „Lassen Sie doch endlich die Legende (!) von der Abkommandierung! Ich kann es auf's Bestimmteste bezeugen, daß die Sache sich lediglich so verhält: Einige unserer Freunde waren oder glaubten sich noch einmal für das Sozialistengesetz zu stimmen verpflichtet. Sie haben es seitdem nie wieder gethan.“ — So sagte Herr Träger, und — hinter dem Redner sah, als Vorsitzender der Versammlung, der Abg. Dr. Hermes, der nach dem eigenen, von keiner Seite dementirten Geständnisse ehemaliger Fraktionsgenossen die Abkommandierungsbriefe geschrieben hat! Es entspricht ganz dem Verhältnis von freisinnigen Wählern und freisinnigen Abgeordneten, ganz dem Charakter freisinniger Wählerversammlungen, daß nach dem Vortrage nicht Diskussion stattfand, sondern nur das Wort zur Interpellation mit einer Redezeit von zehn Minuten zur Begründung der Interpellation gewährt wurde, jedoch allein Wählern des ersten Wahlkreises. Ueber letztere Beschränkung gab sich ein Unwillen kund, welchem unseres Dafürhaltens allerdings nicht in der Versammlung, sondern bei anderer Gelegenheit Ausdruck hätte gegeben werden sollen; die Freisinnigen haben aber das Recht, so liberal zu sein, als möglich. Nach einigem Hin und her erhielt der im ersten Wahlkreise wohnende Herr Taterow das Wort — zur Interpellation. Er begann: „Ich wünsche nun allerdings nicht, zu interpelliren, sondern ich möchte frei diskutieren.“ Ueber diese bescheidene Kritik der freisinnigen Versammlungsleitung kam der Redner nicht hinaus. Es entstand eine so lebhafteste Unruhe, daß der Vorsitzende die Versammlung schloß; nachher löste sie der überwachende Beamte noch auf. Die Räumung des Saales vollzog sich äußerst langsam. Unter Hochs auf die Sozialdemokraten und Abhängen eines Arbeiterliedes marschirten die Anhänger der Arbeiterpartei ab. Auch diese Versammlung zeugte dafür, wie der Deutschfreisinn sich immer weniger demokratisch gebildet und wie er immer mehr der Versteinigung anheim fällt.

Potsdam, 5. Februar. Am Dienstag Abend fand in Potsdam bei Potsdam eine von ca. 200 Personen besuchte Wählerversammlung statt, in welcher der Kandidat der freisinnigen Partei für unsern Wahlkreis, Dr. Max Ruge-Steglich, sein Programm entwickelte. Vor Beginn der Ausführungen stellte der Vorsitzende der Versammlung, Dr. Rosenbaum-Potsdam, nach Beendigung des Vortrages freie Diskussion bei Zeitbeschränkung von zehn Minuten für Jeden in Aussicht und erwähnte „gewisse Leute“ sich innerhalb der gesetzlichen Grenzen zu bewegen, andernfalls er politische Hilfe anrufen würde. Dies wäre jedoch, wie sich später herausstellte, gar nicht nöthig gewesen. Der freisinnige Kandidat erging sich zunächst über die Entziehung des Kartell-Reichstags, über das Verhalten der freisinnigen Partei bei Ablehnung des Septennats, auch darüber, daß ja die freisinnige Partei Alles bewilligt hätte, was von der Regierung dringend gefordert wurde. Redner sprach ferner über die zweiwöchentliche Dienstzeit, über die Verlängerung der Legislaturperiode und über die Lebensmittelvertheuerung. Redner war für Aufrechterhaltung des Koalitionsrechtes der Arbeiter im Sinne des Freisinn und für Wechsel des Regierungssystems je nach Ausfall der Wahlen. Ueber die wichtigsten Fragen schloß sich der Kandidat aus; so über die Frage des Sozialistengesetzes und über den Arbeiterklub. Herr Dr. Ruge protestirte dann gegen den Mißbrauch der Kanzel zu Wahlreden, führte auch Beschwerde darüber, daß der Freisinn vielfach zu Versammlungen die Säle verweigert würden. Wie verhalten sich denn aber die Freisinnigen den Sozialdemokraten gegenüber? Der Vortragende sprach sich schließlich noch gegen das Voneintragen der Politik in die Kreisvereine aus. An der nunmehr eröffneten Diskussion theilnahmen sich auch einige Sozialdemokraten; von einem derselben wurde der freisinnige Kandidat bezüglich des oösterreichischen Normalarbeitstages angegriffen und der Herr erklärte, daß er die Durchführung desselben in nächster Zeit für unmöglich halte. Ein freisinniger Redner äußerte, man solle lieber einem Konservativen als einem Sozialisten die Stimme geben. Von einem andern Herrn wurde ein Artikel vorgelesen, der sich über die Arbeitsverhältnisse bei dem früheren Reichstagsabgeordneten, Schneidermeister Kühn, abhandelte. Auch wurde noch gegen die Genossenschaftsbäcker in Lübeck zu Felde gezogen. Herr Rosenbaum führte Beschwerde, daß in einer Berliner Versammlung, in welcher August Bebel gesprochen hatte, das Wort Niemandem gehalten wurde, mit der Motionierung, den Inhalt der Rede nicht abzulassen. Es konnte ihm darauf entgegnet werden, daß sich in dieser Versammlung trotz Aufforderung Niemand zum Wort gemeldet hat. Von mehreren Sozialdemokraten wurde hierauf die freisinnige Partei einer scharfen Kritik unterzogen, worauf Herr Dr. Rosenbaum eine Entgegnung versuchte. Jedenfalls hat der Verlauf des Abends der Sozialdemokratie wieder neue Anhänger zugeführt und ihre Stimmenzahl wird hier im Kreise gegen 1887 am 20. Februar erheblich wachsen.

Solingen, 5. Februar. Die Situation in Betreff der Reichstagswahl gestaltet sich im hiesigen Kreise für die Arbeiterpartei mit jedem Tage günstiger, so daß eine Stichwahl, in der bisher die sozialdemokratischen Kandidaten zum Siege gelangten, ausgeschlossen erscheint. Nachdem die Zentrumsführer in der Metropole des Rheinlandes sich der Kandidatur des Landesdirektor Klein gegenüber bodenrein gezeigt haben, ist nicht allein der Ordnungskandidat von den Ordnungsmännern selbst aufgegeben worden, sondern man hat sogar in Anbetracht des unheimlich vorausgehenden glänzenden Durchfalls auf die Aufstellung eines nationalliberalen Kandidaten Verzicht geleistet, so daß die Sozialdemokraten es nur noch mit den Ultramontanen zu thun haben, die, in Folge ihrer Getreide- und sonstigen Schutzpolitik, auf einen nennenswerthen Erfolg nicht rechnen können und nicht rechnen werden. Ueber die augenblickliche Lage der Dinge schreibt die „Solinger Zeitung“:

Der Wahlkampf in unserm Kreise vereinfacht sich immer mehr. Nachdem bereits die Freisinnigen von der Aufstellung eines Kandidaten Abstand genommen haben, hat nunmehr auch die nationalliberale Partei in ihrer gestern in Ohligs abgehaltenen Vertrauensmännerversammlung beschlossen, von der Aufstellung eines Kandidaten abzusehen und den Parteigenossen bei der bevorstehenden Wahl Stimmvertheilung zu empfehlen. Die Vorgeschichte, welche diesen Beschluß herbeiführte, ist kurz die folgende: Am vergangenen Montag begab sich eine Deputation der nationalliberalen Partei zu Herrn

Landesdirektor Klein in Düsseldorf, der gegenüber der Genannten erklärte, die Kandidatur anzunehmen zu wollen unter der Bedingung, daß seine Aufstellung von den Hintermännern der „Kön. Volksztg.“ in diesem Organe nicht mehr bekämpft werde. Eine in diesem Sinne an die Zentrumsparthei unseres Kreises seitens der Nationalliberalen gerichtete Anfrage beantwortete die erstere, nachdem sie sich bei der Parteileitung in Köln unterrichtet hatte, gestern der in Ohligs tagenden nationalliberalen Partei telegraphisch dahin, daß die Kandidatur Klein auch weiterhin bekämpft werden würde. Damit war auch die Kandidatur Klein hinfällig, und die nationalliberalen Vertrauensmänner sohlen den bereits erwähnten Beschluß. — Eine diesbezügliche Bekanntmachung wird die nationalliberale Partei demnächst veröffentlichen.

Ob die hiesigen Nationalliberalen durch einen Druck von Außen nicht wieder zu entgegengesetzten Beschlüssen gelangen, bleibt abzuwarten. Von der „Norddeutschen Allg. Ztg.“ sind nun den auswärts, die „ein in China lebender deutscher Patriot“ für die Kartellwahlen gespendet hat, bereits 200 Mark den Solinger Kartellbrüdern überwiesen worden.

Danzig. Mit großer Mühe gelang es, ein sozialdemokratisches Wahlkomitee zu gründen, welches in einer Privatwohnung unter polizeilicher Bewachung tagt. Dieses Komitee, das, da es Statuten hat, als Verein zu betrachten ist, hat in einem Paragraphen des Statuts vermerkt, daß es Sammelstellen zur Herbeischaffung von Geldern zur Wahl herausgeben wird, das ist also der Polizeibehörde bekannt. Man hat bei einer am 1. d. M. nach Flugblättern vorgenommenen Hausdurchsuchung der Kriminal-Polizeikommissar Richard eine solche Liste nebst dem gezeichneten Betrage von 6 M. beschlagnahmt; der Behauptung hat zu Protokoll erklärt, daß dieses Geld, da ihm die Zurückgabe verweigert wurde, nebst Liste an das sozialdemokratische Wahlkomitee, welches Eigentümer der Gelder wäre, gegeben werden sollte. Bis heute, nach vier Tagen, ist eine Zurückgabe nicht erfolgt. Der Beschwörung ist bereits betreten und es soll alles gethan werden, um Geld und Liste zurück zu erhalten. **Nicht ohne göttliche Schidung** glaubt Herr Missioninspektor Jabri im Wahlkreise Stegen gegen Stöder aufgestellt zu sein. In der „Westdeutschen Zeitung“ wird nämlich ein Brief des Dr. Jabri an einen Freund veröffentlicht, in welchem er seine Aufstellung gegen Stöder vertheidigt damit, daß er gegenüber den Angriffen von rechts und links auch die „hülfe Gewisheit“ habe, daß die an sich mir unliebe Gegenüberstellung zu Stöder auch nicht ohne göttliche Schidung geschehen sein wird, wenn augenblicklich auch fast nur das Unangenehme derselben sich vor Augen stellt. — Da Herr Stöder sich für sein politisches Treiben auch auf den lieben Gott zu berufen pflegt, so dürfte im Kreise Stegen wohl erst die Stichwahl entscheiden, wer eigentlich der „theure Gottesmann“ von den Weiden ist.

Eine Behörde gerichtlich zur Ueberlassung eines Gebäudes an die Sozialdemokraten verurtheilt. In diese letztere Lage haben die wohlweisen Rathsherren der Stadt Düsseldorf ihre ehrsame Gemeinde gebracht. Infolge einer systematischen Saalabtheilung war es den Sozialdemokraten der rheinischen Kunststadt vollkommen unmöglich gemacht, eine Wahlversammlung abzuhalten. Da entschloß sich der Wahlausschuß, von der Stadt die sonst allen Gesellschaften und Parteien zur Verfügung stehende „Tonhalle“ zu verlangen. Der Beamte, an welchen man sich wandte, war entweder unparteiisch genug entfernt oder er hatte keine Ahnung von dem Wesen der Arbeiterpartei — genug, er gab den Saal her und unterschrieb den Miethsvertrag. Sobald aber der Oberbürgermeister von der Sache erfuhr, erhob sich großes Wehklagen in Jeroel, und da mit Gewalt nichts mehr auszurichten war, so verlegte sich das gestrenge Stadtoberhaupt auf's Bitten... bei den Sozialdemokraten E. S. aller Kosten, die Vermittelung eines betriebigen Privatkaales und dergleichen an. Aber das Angebot wurde nicht angenommen, und da der Oberbürgermeister das Schiedliche nicht geschehen lassen wollte, verweigerte er runderweg den Saal. Hieraus erhob die Sozialdemokraten durch den Rechtsanwalt Joseph Belles Klage gegen die Stadtverwaltung auf Erfüllung der eingegangenen Verpflichtung. In der Verhandlung machte der Vertreter der belangten Partei geltend, daß Herr Dr. Heineke Hölter getauft worden sei und er nicht habe wissen können, daß es sich um eine Versammlung zu sozialdemokratischen Zwecken handeln solle; diese Partei aber sinne notorisch auf Umsturz u. s. w. und das könne doch unmöglich die Stadtverwaltung zugeben, daß in einem städtischen Lokale solche Dinge geschehen resp. gefördert werden. Weil hier offenbar Täuschung vorliege, beantrage er Rückweisung der Klage respektive Auflösung des geschlossenen Vertrages. Das städtische Lokal siehe nur Parteien zu Gebote, die auf gesetzlichem Boden sich befinden. — Rechtsanwalt Belles führte dagegen aus, daß die sozialdemokratische Partei ebenso eine gesetzmäßige Partei sei, wie alle andere, daß Umsturz u. s. w. gepredigt werden solle, dafür liege kein Beweis vor. Außerdem weist er auf die hochbedeutsame Rede des hochstehenden Prinzen Croalath im deutschen Reichstag hin, welche überall in ganz Deutschland wiederhall gefunden habe und darauf hinausgehe, daß überall in Versammlungen den Sozialisten entgegengetreten werden und man es nicht unterlassen solle, mit ihnen in freier Rede zu diskutieren; da dürfe denn die Stadtverwaltung nicht hindernd eingreifen und die Gelegenheit zu solchen freien Diskussionen verhindern wollen dadurch, daß sie ihr gegebenes Wort nachträglich wieder zurückzieht. Der Miethsvertrag sei in vollkommen gesetzlicher Weise zu Stande gekommen und die Stadt dürfe durch Rücknahme kein schlechtes Beispiel geben. Beigeordneter Hölter bionunt noch, er habe keine Veranlassung gehabt, die städtische Tonhalle den Herren Grimpe und Vog zu verweigern; die Leute seien ihm ganz harmlos und unabhängig erschienen; daß aber sozialdemokratische, auf den Umsturz der bestehenden Verhältnisse gerichtete Bestrebungen getrieben werden sollten, davon habe er keine Ahnung gehabt und er sei der Meinung, nach dieser Richtung hin gewünscht worden zu sein, deshalb habe er die Hergabe der Tonhalle nachträglich verweigern müssen. Der Herr Amtsrichter erwähnte in einwriglicher Weise Herrn Vog, doch den von der Stadt angebotenen Vergleich anzunehmen. Vog erwidert, daß er für seine Person wenig Interesse an der Sache habe, aber die Erbitterung unter den Arbeitern wegen der systematischen Saalabtheilung sei groß und da die anderen Parteien in der Tonhalle ihre Wählerversammlungen abhielten, verbiete sich immer mehr und mehr unter den Arbeitern, die doch auch Bürger seien, die Meinung, sie würden als Staatsbürger zweiter Klasse behandelt, und dem müsse vorgebeugt werden, er bestrebe auf den Richterspruch. Dieser ging denn auch in sehr präzisier Form dahin, daß Herr Dr. Heineke Hölter wissen mußte, daß es sich um eine sozialdemokratische Versammlung handeln solle und von einer Täuschung von Seiten des klägerischen Theils könne keine Rede sein. Die Stadt ist verantwortlich, den geschlossenen Vertrag zu halten und die Kosten des Verfahrens zu tragen. Die Wiederlage der Stadt ist abzuweisen. Durch dieses Urtheil ist endlich der Bann gebrochen, der lange die Arbeiter gehemmt hat, von ihren staatsbürgerlichen Rechten Gebrauch zu machen, wegen die anderen Wirthe eine Lehre daraus ziehen und jede Beeinträchtigung, von welcher Seite sie auch kommen möge, von sich weisen; das Gesetz und in diesem Falle der Richterspruch, ist auf Seite der Arbeiter. Die Versammlung hat nun auch unter kolossalem Juband der Arbeiter stattgefunden, und was das Auffallendste an der Sache ist, Düsseldorf ist noch nicht vom Erdboden verschwunden, die Ordnung wurde weder in noch außer der Versammlung gestört. Einzig und allein ist zu bemerken, daß der Herr Bürgermeister einen schlechten Schlaf gehabt hat und daß es an Spott über seine Schlauchheit und seinen Eifer nicht fehlt.

- Kandidaten der sozialdemokratischen Partei** für die nächste Reichstagswahl sind:
1. Wahlkreis.
(Bezirk Ueberlingen, Konstantz, Pfalldorf, Reichenbach, Hans Arnold, Kaufmann in Konstantz.)
 2. Wahlkreis.
(Bezirk Bonndorf, Trieburg, Engen, Wiltmann, Domau, Richard Wolderauer, Mechaniker in Reichenbach.)
 3. Wahlkreis.
(Bezirk Waldshut, Säckingen, Schopfheim, Rühl, Friedrich Haua, Schuhmacher in Freiburg.)
 4. Wahlkreis.
(Bezirk Lörrach, Müllheim, Breisach.)
Friedrich Haua, Schuhmacher in Freiburg.
 5. Wahlkreis.
(Bezirk Freiburg, Emmendingen, Waldkirch.)
Adolf Ged, Redakteur in Offenburg.
 6. Wahlkreis.
(Bezirk Rensingen, Eutenheim, Lahr, Wolfach.)
Wilhelm Häsler, Schlosser in Mannheim.
 7. Wahlkreis.
(Bezirk Offenburg, Oberkirch, Rehl.)
Adolf Ged, Redakteur in Offenburg.
 8. Wahlkreis.
(Bezirk Achern, Bühl, Baden, Rastatt.)
Adolf Ged, Redakteur in Offenburg.
 9. Wahlkreis.
(Bezirk Pforzheim, Gernsbach, Ettlingen, Durlach.)
Wilhelm Blos, Schriftsteller in Stuttgart.
 10. Wahlkreis.
(Bezirk Karlsruhe, Bruchsal.)
Adolf Ged, Redakteur in Offenburg.
 11. Wahlkreis.
(Bezirk Mannheim, Schwetzingen, Weinheim.)
August Dreesebach, Kaufmann in Mannheim.
 12. Wahlkreis.
(Bezirk Heidelberg, Mosbach, Neckargemünd.)
Wilhelm Häsler, Schlosser in Mannheim.
 13. Wahlkreis.
(Bezirk Sinsheim, Eppingen, Bretten, Philippsburg.)
Andreas Salzbach, Restaurateur in Karlsruhe.
 14. Wahlkreis.
(Bezirk Buchen, Waldbrunn, Wertheim, Landerbach.)
Friedrich Röber, Mechaniker in Mannheim.

Lokales.

Die Werdorfer Lokalkommission macht folgende Wirthe ihre Lokale und zu sämtlichen Wohnungen hergeben: Barts, Verstraße 120; Nieß, Straße 129; Kummer, Berlinerstraße 136; Raus, Straße 18; Büschmidt, Knefbeckstr. 15; Troll, Rastbach (Friedrich Wilhelm Garten); Vereins-Brauerei; Brauerei, Hasenhaide; Wittwe Müller, Brück; Brauerei, R. Schönweide; Henneberg, Johannisplatz. Anfragen sind zu richten an Fritz Bier, Fallstr. 48. Zur Entgegennahme geleiteter Arbeiterzeitungen für die Umgegend sind folgende Herren bereit: Wilhelm Prina Handwerker, 68 2 Tr.; Emil Schwarz, Jägerstr. 10.

Ueber die Leistungen der städtischen Normaluhr während des Jahres 1889 entnehmen wir dem von dem Direktor der lgl. Sternwarte, Professor Förster, erstatteten Bericht folgendes: Von den sechs städtischen Normaluhren liefen im Jahre 1889 zwei, nämlich die Uhr am Oranienburger Thor und die Uhr am Potsdamer Thor, ganz befriedigend. Die Uhr am Oranienburger Thor ist ununterbrochen im Gange geblieben. Von der Uhr am Potsdamer Thor wurde ganz dasselbe gelten, wenn nicht am 18. Mai die Uhr durch einen Defekt in der Regulirung der Feder zum Stillstand gekommen wäre. Infolge dieser Unterbrechung der Regulirung hätte die Uhr während des genannten Tages bis zu 2 Sekunden nach. Auch die Uhr am Moritzplatz und die Uhr am Markt haben sich im Ganzen gut gehalten. Die Uhr am Moritzplatz hat nur am Morgen des 23. Mai durch einen Defekt in der Regulirung des Triebwerkes eine einstündige Unterbrechung des Ganges erfahren, sonst stets auf die Sekunde richtig gewesen. Die Uhr am Spittelmarkt wurde vom 29. August bis 10. September zum Stillstand gekommen, wegen der Neuregulirung des Triebwerkes, anderte Aufstellung zu erhalten; sonst hat sie nur während der Nacht des 28. Januar infolge einer offenbar durch die ungenügende Vertheilung des Gewichtes verursachten Hemmung des Werkes eine Unterbrechung erfahren. In der ganzen übrigen Zeit des Jahres lief die Uhr bis auf die Sekunde richtig gewesen. Am Hadeschen Markt hat zwar keinerlei Stillstand stattgefunden, jedoch an drei Tagen des verfloffenen Jahres während Stunden die Fehlergrenze von einer Sekunde überschritten, am 6. und 10. Juni ist sie nämlich nachmittags bis 10 Sekunden nachgegangen und zwar, wie sich nachher gestellt hat, infolge einer Verletzung der elektrischen Leitung. Eine ähnliche, aber nicht vollkommen aufseiner Seite zu 12 Sekunden hat ihre Abgabe am 25. Oktober von 8½—9¼ Uhr erfahren. Was endlich die Uhr am Gerichts-Gebäude betrifft, so hat dieselbe am 2. November 11½—1¼ Uhr Mittags und am 30. Dezember des Jahres Abends, infolge des Bruches der Aufhängungsseile, auf die Sekunde richtig gewesen, abgesehen von einer Störung der Regulirung, infolge deren sie am 8. und 9. zwischen 9 und 11 Uhr Vormittags um 4 Sekunden geblieben war. An den vorerwähnten Zifferblättern, welche Sekundenangabe nicht versehen sind, ist von sämtlichen Normaluhren ausnahmslos die richtige Minute angegeben.

Mit dem 1. April wird sich die Paulstraße erhöhtem Maße wieder der Friedrichs- und Leipzigerstraßen angeschlossen, in welchen eine ganze Anzahl Häuser mit roten und gelben Plakaten bedeckt sind, welche von der Verwaltung der Bäder wegen Umbau und Abbruch der Häuser Es wird hauptsächlich der mittlere Theil der Friedrichsstraße betroffen, die Eden der Tauben-, der Kronen-, der Kronen- oder einer früherrin Mithteiligung zu Folge soll auch ein Grundstücke 104 an der Weidenhammer Brücke einartiges Hotel erhalten, während auf der Westseite der die alten Speichergebäude bereits niedergelegt sind, die Uferstraße nach dem Reichstagsufer hin gemacht. Gleichzeitig schreitet der Durchbruch der littenstraße nach derselben Straße hin vor. Eine Verbindungsstraße an dem neuen Platz zwischen Charlotten- und Friedrichstraße wird so wird diese ganze Gegend eine Umwandlung erfahren, deren Vollständigkeit nur noch der unaussprechliche Wunsch im Prinzip feststehende Neubau der Weidenhammer gehört. Unter solchen Umständen wird dann auch die kommen, in der die Frage zu einer drängenden wird: wird die Stadtbahn erweitert werden, die jetzt an der Weidenhammer schon nicht mehr den Anforderungen genügt, bei der vorerwähnten schnell fortschreitenden Bauarbeiten Leipziger- und Friedrichstraße darf man nun auch den punkt entgegensehen, wo die letzten Häuser aus allen uns liegenden Tagen verschwinden werden. Ihre Zahl mehr und mehr ab. Vor fünf Jahren überwogen die nun sind sie schon in die Rinderheit gedrängt und bleiben, nehmen sich allerdings allmählich genug

ratigen... tagen...
Lendorf...
maen, Dona...
nheim, Re...
er in Fre...
Beisich...
er in Fre...
m, Bald...
r in Mann...
h, Kehl...
Offenburg...
n, Kest...
n Offenburg...
flingen, D...
in Stuttg...
Schal...
Offenburg...
m, Weir...
r in Mann...
Redargem...
er in Mann...
ten, Phil...
teur in Kar...
Lauder...
r in Mann...
5.
u macht...
samtliche...
120; N...
36; N...
Troll, A...
Brauerei...
hannt...
er, Fall...
zeitungen...
Büch...
ward, Ju...
ischen N...
ir dem von...
ler, er...
Normal...
in Dramen...
Befriedig...
ununter...
am Bo...
am 18. M...
Empfang...
elektr...
Kabel...
der Regul...
bis zu 2...
die Uhr...
alten. Die...
Mai durch...
Liedgew...
es erf...
wefen. Die...
des Sept...
at sie nur...
bar durch...
es eine...
en Zeit...
ig gew...
Stills...
abres m...
Sefunde...
mittags...
sich na...
elektr...
verle...
25. Okt...
die Uhr...
am 2. No...
mber von...
Aufsicht...
auch die...
en von...
sie am 8...
4 Sek...
Gätern...
ist von...
inute...
Sankt...
nd Besp...
Auser...
welche...
der Hü...
der Fried...
men, der...
soll aus...
Brücke...
Weite...
gele...
er hin...
abruch...
hin vor...
neuen...
strafe...
bildung...
weiblich...
Weiden...
inn aus...
enden...
jeht an...
ungen...
Baut...
nun aus...
aus...
Ihre...
berogen...
ngt und...
genug

den Fang der Igel gelegt, die in dortiger Gegend sehr häufig sind. Die Thiere werden nämlich von den Zigeunern als Bedachissen sehr verehrt und bei dem Fang derselben zeigen sie sich sehr gewandt. Hauptächlich in diesem Winter, wo kein Schnee liegt, ist ihnen der Fang der Igel sehr bequem gemacht. Die Thiere werden mit einer dicken Lehmkruste versehen und dann am offenen Feuer gebraten.

Das beständige Umgeben von Gefahren wiegt in Sicherheit; das kann man namentlich bei dem Jagdpersonal unseres Stadtbahnhofes beobachten. Das fortwährende Hin- und Herbrennen der Jäger macht die Maschinenführer, Heizer, Schaffner u. s. w., namentlich wenn sie sich auf ihrem gewöhnlichen Platz befinden, unempfindlich gegen die erschreckende Wirkung, die der dahersahrende Zug auf jeden anderen Anwesenden ausübt, welcher in der Nähe steht. Auf dem Bahnhof „Zoologischer Garten“ war am Dienstag Nachmittag der Heizer von der Maschine eines dort haltenden Zuges gestiegen und sich an den Rädern der Lokomotive zu beschäffigen; plötzlich entfiel die Decke seiner Hand und als der Heizer sich bückte, sauste ein Zug auf dem dicht daneben liegenden Geleise entlang. Glücklicher Weise warf sich der Heizer sofort der Länge nach auf den Boden, sonst wäre er sicher von dem mächtigen Luftdruck unter die Räder des Zuges gerissen worden. Von den Fahrgästen des Zuges hatten viele dem aufregenden Schauspiel zugegesehen und erkundigten sich theilnehmend nach dem Heizer, der unverletzt davon kam.

Selbstmörder scheinen jetzt mit Vorliebe die Belle Alliance-Brücke auszuwählen, die schon wieder der Schauplatz zweier deraußerer Thaten war. Dem bösslichen Mann, welcher den Hut abnahm, ehe er sich ins Wasser stürzte, folgte in der Nacht zum Dienstag ein älterer Mann, und am Dienstag Abend schon wieder ein jüngerer Mann von einigen zwanzig Jahren, der sich von einer der granitnen Randbänke rücklings in den Saffirkanal stürzte.

Bei den Gemäwen auf unseren Flussläufen zeigt sich eine eigenthümliche Erscheinung. Sobald der Menschenverkehr, der an den von diesen Vögeln besuchten Orten hat, auf einige Zeit aufhört, verschwinden die Vögel und kommen wieder, sobald dieser Verkehr wieder beginnt. Vor einiger Zeit konnte man dies am Mühlenstamm bei den Vögeln bemerken und die gleiche Erscheinung wurde vor wenigen Tagen am Engelbecken beobachtet; dort verschwanden die Thiere plötzlich, als mit den Reparaturarbeiten am dortigen Werbau aufgehört wurde und kamen bald wieder, nach dem Wiederbeginn der Arbeit. Jetzt werden die Thiere dort regelmäßig von dem Aufseher der Badeanstalten gesättigt.

Polizeibericht. Am 5. d. M. Morgens wurde ein Offiziersburche auf dem Boden eines Hauses in der Kurfürstentstraße erhängt vorgefunden. — Zu derselben Zeit stürzte sich ein Arbeiter in einem Anfälle von Verfolgungs-Wahnsinn aus dem Fenster seiner im dritten Stock des Hauses Sophienstr. 22 belegenen Wohnung auf den Hof hinab und erlitt dabei so schwere innere Verletzungen, daß er bald darauf in der Charite, wohin er gebracht worden war, verstarb. — Abends wurde eine Frau Unter den Linden vor dem kaiserlichen Palais von einem Wogen überfahren und dabei am Kopf und am linken Fuße so schwer verletzt, daß sie nach der Charitee gebracht werden mußte. — In der Nacht zum 6. d. M. wurde ein Mann in seiner Wohnung in der Fördingerstraße erhängt vorgefunden. — In Laufe des Tages fanden an vier verschiedenen Stellen kleinere Brände statt, welche von der Feuerwehr gelöscht wurden.

Versammlungen.

Die konservative Partei ist nun im zweiten Wahlkreise auch auf der Büchse erschienen, sie hatte zum Mittwoch Abend eine Versammlung nach dem Lokal „Königshof“ einberufen, zu der alle reichstreuen Wähler eingeladen waren. Unter den Anwesenden befanden sich eine Anzahl Sozialdemokraten. Kaufmann Rappo eröffnete die Versammlung mit dem Hinweis, daß die konservative Partei nicht gewillt sei, im zweiten Wahlkreise die Plinte ins Korn zu werfen. Es sei ein freudiges Ereignis, daß die konservative Wahlplation begonnen werden könne mit einem Erlaß des Kaisers, der jeden im „Reichsanzeiger“ publiziert sei und weitere Schritte zu Gunsten der Arbeiter in Aussicht stelle. Im Hinblick hierauf bitte er einzustimmen in ein Hoch auf den Kaiser. Dies geschah, doch blieb ein Theil der Anwesenden sitzen. Herr Rappo forderte diese auf, sofort das Lokal zu verlassen. (Große Uraufe; Rufe: Hinaus!) Ihre Benehmen angeht das erwähnte Erlass habe deutlich gezeigt, daß sie unwürdig seien, im deutschen Vaterlande zu leben. (Ungefähr 30 Personen wandten sich langsam der Thüre zu, wo sie ein dreifaches Hoch auf die internationale Sozialdemokratie ausbrachten, bevor sie den Saal verließen.) Hierauf erhielt Herr Jrm er das Wort zu einem längeren Vortrage, dessen Inhalt sich gegen die Freisinnigen und Sozialdemokraten richtete. Die Regierung und der verfloßene Kartell-Reichstag hätten in allen Punkten recht gehandelt. Die Verlängerung der Legislaturperiode sei als ein Segen zu betrachten, denn durch das viele Wählen werde den Bürgern die soßbare Zeit geraubt. Der sozialdemokratische Gedanke sei an sich kein Verbrechen, aber es gebe gewisse Grundlagen, an welchen nicht geübelt werden dürfe. Der starken Wehrkraft könne Deutschland nicht entbehren; erst wenn andere Völker uns lieben, können wir mit Herrn Birchow die Abrüstung ankündigen. Der vorige Reichstag sei kein Anstiprodukt gewesen; damals hätten wir dem Kriege sehr nahe gestanden und der Krieg sei doch kein Kinderpiel. Die Kolonialpolitik bringe großen Schaden, man dürfe nicht zusehen, daß von den Engländern das „Fett“ abgeschöpft werde. Die Steigerung der Lebensmittelpreise resultire nicht aus den Zollrückhöher. Er gebe zu, daß Einiges faul im Staate lie; das Kapital habe vielleicht in zu rüchichtsloser Weise den Arbeitsmarkt ausgenutzt. Die Sozialdemokratie wolle das Kapital aufheben, es solle alles in einen Topf gehen und dann vertheilt werden. Ein gesundes Staatswesen werde das Kapital zum Gemeingut der Nation machen. Auf monarchischem Boden könne nur eine Besserung der Verhältnisse geschaffen werden. Es sei dahin zu streben, daß auch der Arbeiter theilnehme an den Erfolgen der Großindustrie. Bei der französischen Revolution habe man dem Volke die Freiheit geben wollen, es sei aber nur zum Abschlagen der Köpfe gekommen. Dahin würde es auch heute führen, wenn die Sozialdemokratie zur Herrschaft käme; das sei ganz sicher. Die Zeit sei nicht mehr fern, in der alle nationalen Parteien sich zusammenschließen würden gegen die rothe Internationale. Redner schloß mit den Worten: Wir haben die Aufgabe, zu zeigen, daß in der Berliner Bevölkerung ein hoher patriotischer Sinn vorhanden ist und Gott gebe, daß sich die Meinung Decker nicht bewahrheitet, welche die Zukunft der Sozialdemokratie zusprechen. — Der Vorsitzende schlug nun Herrn Jrm er zum Kandidaten aller reichstreuen Parteien im 2. Wahlkreise vor. Derselbe habe die schwere Position in der Stadtvertretung 6 Jahre lang gehalten und die Berliner Bewegung vorwärts gebracht. Auf Jrm er würden sich alle reichstreuen Stimmen dreinigen. Der Vorschlag wurde ohne Widerspruch von der Versammlung einstimmig angenommen. Herr Jrm er dankte für das Vertrauen und erklärte, daß er bereits Ende vorigen Jahres gefragt worden sei, ob er diese Kandidatur annehmen wolle. Damals habe er sich aus dem politischen Leben zurückziehen wollen. Im Interesse der Partei sei er jedoch dem Rufe gefolgt. Sollte sich in dessen noch ein geeigneter Kandidat finden, so trete er

sofort zurück und werde zu Gunsten dieses Kandidaten in Versammlungen sprechen. Der Moment sei für den Sieg im 2. Wahlkreise außerordentlich günstig, den Grund hierfür wolle er nicht öffentlich nennen. Da sich Niemand zum Wort meldete, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Kaiser.

Eine gut besuchte Wählerversammlung des letzten Berliner Reichstagswahlkreises tagte am Montag, den 3. d. Mts., Abends im Lokale des Herrn Jgler in Roabit, Wilsnackstr. 63, mit der Tagesordnung: Die bevorstehenden Reichstagswahlen. Referent: Herr Vogtherr. Derselbe führte ungefähr Folgendes aus: Wie bei allen Wahlen so auch bei der jetzigen Reichstagswahl buhlen alle Parteien um die Stimmen der Arbeiter und versprechen vieles, was sie nachher nicht leisten. Besonders der letzte Reichstag hat darin alles mögliche geleistet. Redner besprach nun ausführlich die Thaten des Kartell-Reichstages. Hierauf schloß sich eine Kritik der gegnerischen Parteien, besonders der Freisinnigen und Antisemiten. Der Redner forderte zum Schluß auf, daß alle Arbeiter ihre Stimme am 20. Februar für Wilt. Liebknecht abgeben sollten. Zum 2. Punkt forderte der Vorsitzende alle diejenigen auf, welche am Wahltag mitarbeiten wollen, sich bei Herrn Langhoff zu melden oder ihre Adresse bei demselben, Birkenstr. 56 beim Schuhmacher Hübner, abzugeben; auch Sonntag Vormittags beim Restaurateur Bief, Birkenstr. 24, werden Meldungen entgegengenommen. Segner waren nicht anwesend. Einige Genossen sprachen sich noch im Sinne des Referenten aus. Mehrere Resolutionen waren eingeleitet. Die eine lautete: Die heute in Jgler's Salon, Wilsnackstr. 63 tagende öffentliche Wählerversammlung des 6. Berliner Reichstagswahlkreises erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden und verpflichtet sich, mit allen ihr zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln dafür zu sorgen, daß die Quittung für die Machinationen des vergangenen Reichstages am 20. Februar und am 1. Mai für die Ausführungen des Ministers Herrfurth dadurch ausgestellt wird, daß unser Kandidat Wilt. Liebknecht mit mindestens 40 000 Stimmen aus der Wahlurne hervorgeht, und beschließt ferner, den 20. Februar d. J. als Feiertag zu bezeichnen. R. Parr. Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Der Vorsitzende schloß hierauf mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie die Versammlung.

Eine große öffentliche Wählerversammlung tagte am Sonntag, den 2. Februar, in Brzg. Das Lokal der Wittwe Müller war bis auf den letzten Platz gefüllt. Einen sehr guten Eindruck machte die Versammlung dadurch, daß die Mehrheit derselben aus Proletariern bestand, die in der Landwirtschaft thätig sind und bis dahin zu den Indifferentesten gerechnet wurden. Auch waren viele Grundbesitzer anwesend. Nachdem Herr J. Bier die Versammlung um 11½ Uhr eröffnet hatte, wurde das Bureau gebildet und dem Referenten Buchdrucker W. Werner das Wort ertheilt. In seinem 14kündigen Vortrage geißelte derselbe scharf das Verhalten der jetzigen Majorität des Reichstages. Er führte den Anwesenden klar vor Augen, wie durch die jetzige Steuerpolitik der Regierung das arbeitende Volk zu Grunde gehen müsse, daß es sicher auf die Dauer unmöglich sei, die ungeheuren Opfer, welche die stehenden Armeen, sowie die großen Kriegsschiffe erforderten, auszubringen. Redner führte aus, daß im Jahre 1875 die Reichsschulden 50 000 M. betragen und im Jahre 1890 46 Mill. Wie sehr das arbeitende Volk unter den Kosten- und sonstigen Lebensmittelpreisen zu leiden hat, wurde vom Redner treffend bewiesen. Auch sei die Brandweinsteuer nur eine Bereicherung der großen Gutsherrn auf Kosten des armen Mannes. Alle diese ungeheuren Lasten habe derselbe hauptsächlich der jetzigen Kartellmajorität zu verdanken. In drastischer Weise schilderte Redner die Enkeltung derselben. Wie das Volk bei der Wahl 1887, vornehmlich aber die Landbevölkerung, mit dem Erbfeind geängelt wurde, und dadurch den Männern ihre Stimme gegeben, die das Septennat und alle Steuern, die von der Regierung verlangt wurden, bewilligt hätte. Dies müsse anders werden, und dürften die denkenden Arbeiter am 20. Februar nur einem Sozialdemokraten ihre Stimme geben. Nur diese Partei sei die einzige, die durch ihr Verhalten im Reichstage bewiesen habe, daß sie wirklich für die Rechte des arbeitenden Volkes eintrete. Auch bürge das Programm derselben dafür, daß sie gewillt sei, eine neue, bessere Gesellschaftsordnung zu schaffen, die das Wohlgehen Aller bedinge. Die vielgepriesene Sozialreform der herrschenden Klasse sei nicht im Entferntesten ausreichend, denn das, was dem Arbeiter als Alters- und Invaliden-Unterstützung geboten werde, reiche nicht einmal hin, ein Thier zu ernähren. Prinz Schönauß-Karolath sei ehrlich gewesen, als derselbe an poffender Stelle seine Stabesgenossen ermahnt habe zur Umkehr und auf das Streben der herrschenden Klassen hingewiesen habe. — Die Diskussion war außerordentlich lebhaft, jedoch meldeten sich die anwesenden Gegner, trotz Aufforderung, nicht zum Wort. Es sprachen noch die Herren Schmidt-Berlin, Müller, Brandes-Britz, Hagendorf, Borchart (Rzdorck) im Sinne des Referenten, worauf derselbe das Schlusswort erhielt. Eine einstimmig angenommene Resolution forderte alle Anwesenden auf, den Kandidaten der Sozialdemokratie, Wilhelm Werner, am 20. Februar zum Siege zu verhelfen. Unter „Verschiedenes“ wurde dem Berliner Genossen das Lokal der Wittwe Müller empfohlen. Nach einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie schloß der Vorsitzende um 2½ Uhr die Versammlung.

Die Freie Vereinigung der Kaufleute hielt am Montag den 3. Februar, der Semter, Ringstr. 11, eine außerordentliche Generalversammlung ab, in der Herr Dr. Bruno Wille einen Vortrag über Wohlgefallen und Zufriedenheit hielt. Zum dritten Punkt der Tagesordnung „Vorhandenwahlen“ wurden per Affirmation gewählt: zum 1. Vorsitzenden Herr Albert Wilde, zum 2. Vorsitzenden Herr A. Laack; zum 1. Schriftführer Herr A. Penn, zum 2. Schriftführer Herr O. P. Kadat. Die genannten Herren nehmen die Wahl an und dankt Herr Wilde speziell für das ihm geschenkte Vertrauen. Unter „Verschiedenes“ wurde folgender Antrag des Herrn Nieder einstimmig angenommen: „Die Freie Vereinigung der Kaufleute erklärt sich voll und ganz mit den Beschlüssen der öffentlichen kaufmännischen Versammlung bei Bugenbagen betreffs des achtstündigen Arbeitstages und der Demonstration für denselben am 1. Mai 1890 einverstanden.“

Herr Adler empfiehlt das Sammeln von Arbeiterblättern und Brochüren, um dieselben unter der Landbevölkerung zu verbreiten, damit auch diese am Tage der Wahl wissen, wem sie ihre Stimme zu geben haben. Der Antrag Baack, den freilebenden Arbeitern der Reichstein'schen Fabrik in Brandenburg a. S. eine Unterstützung zu gewähren, wurde einstimmig angenommen.

Zum Schluß wurde noch die Unzulänglichkeit der Ortskrankenkassen berührt und von den Herren Nieder und Hingz der Beitritt zur Nationalen kaufmännischen Kranken- und Sterbekasse empfohlen.

Die Freie Vereinigung aller in der chirurgischen Branche beschäftigten Personen tagte am 4. d. M. im Lokal von Jrm er, Minakstr. 11. Tagesordnung lautete: 1. Vortrag des Herrn Wölke über die Abkündigung des Menschen. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Der Referent hielt einen lebendigen und zugleich interessanten Vortrag. Unter Verschiedenes kam die Besprechung einer Gründung eines Verbandes zur Sprache, da viele auswärtige Kollegen wieder einmal anfragt haben, ob sie nicht beitreten könnten. Es soll eine öffentliche Versammlung stattfinden. Festige Diskussion über Lohnfrage fand statt. Die Lohnfrage kommt auf die späteren Tagesordnungen.

Eine öffentliche Versammlung der gewerblichen Hilfsarbeiter tagte, zahlreich besucht, am 4. Februar im Lokale des Herrn Uebel (Kenz) Sa'on, Nauynstr. 27, unter Leitung der Herren Günther, Böhm und Borchert mit der Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Fritz Jubel über gewerbliche Schiedsgerichte. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Fragekasten. Da der Referent Herr Fritz Jubel wegen einer Agitationsreise nicht erscheinen konnte, musste der erste Punkt fortlassen und wurde gleich in die Diskussion eingetreten. Hierzu erhielt Herr P. Wittin das Wort. Derselbe hielt den unter Punkt 1 angelegten Vortrag zur allseitigen Zufriedenheit. Redner fordert im Laufe seines Vortrages auf, sich mit Hilfe der bestehenden Organisationen anzuschließen, dann wären Streitigkeiten, die vor ein Gewerbeschiedsgericht gehören, nicht so sehr an der Tagesordnung. Denn wenn eine starke Organisation hinter dem Arbeiter steht, würden sich die Arbeitgeber dem Arbeiter gegenüber, nicht so viel Uebergriffe erlauben. Zum Schluss seines Vortrages forderte Redner noch auf, dahin zu wirken, dass am 20. Februar nur solche Leute in den Reichstag gewählt würden, die ein Herz für den Arbeiter haben und seine Interessen vertreten. Hierauf trat eine

Pause von 15 Minuten ein, um die Anwesenden Gelegenheit zu geben, sich in den Verein gewerblicher Hilfsarbeiter aufnehmen zu lassen. Da sich die Pause als zu kurz erwies, wurde dieselbe um 10 Minuten verlängert. Nach der Pause erhielt Herr Grimm, Arbeiter an der englischen Gasanstalt, das Wort. Derselbe behauptet den Individualismus der Massen, die sich an nichts betheiligen. Herr Rennthaler kritisiert das Verhalten der Redner und namentlich der Logographen, welche letztere sich nicht als Arbeiter betrachten. Redner ersucht im weiteren, den Kongress der Bauarbeiter zu befehlen. Herr Schmidt bezieht das Verhalten der sogenannten qualifizierten Arbeiter den Hilfsarbeitern gegenüber. Unter Verschiedenem fordert Herr Lorenz auf, die aus der Provinz kommenden Arbeiter aufzuklären, damit sie sich einer Organisation anschließen. Herr Wittin unterzog das Verhalten der Ludwig Löw'schen Arbeiter einer scharfen Kritik. Herr Günther ersucht, zu der Frage wegen Beschickung des Kongresses der Bauarbeiter Stellung zu nehmen. Herr Rosenow beantragt, das Bureau zu beauftragen, nach den Wahlen eine öffentliche Versammlung einzuberufen mit der Tagesordnung: Die stellen sich die Hilfsarbeiter zu einer Zentralisation. Dieser Antrag

wurde angenommen. Hierauf wurde noch eine Resolution angenommen, den 20. Februar und den 1. Mai als Feiertage anzuerkennen. Nachdem noch der Fragekasten erledigt wurde, schloß der Vorsitzende die imposante Versammlung am 11. mit einem kräftigen Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung. Dem sozialdemokratischen Les- und Diskussionszettel ist auf die eingeleitete Beschwerde wegen der Versammlung vom Polizeipräsidenten ein Verbot erlassen, nach welchem die Behörde die Auflösung der Versammlung gerechtfertigt erachtet. Verein zur Wahrung der Interessen der Glasarbeiter und verwandter Genossenschaften. Am 15. Februar: Versammlung im Saal der Berliner Postanstalt (Zentralplatz) von 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Willems' And. vorher zu haben bei Schmidt, El. alamer Weg 23; Emil Paul, Adalbertstr. 64; d. Frau, Straße 25; Karl Kiehlger, Döbenschützstr. 59; Ernst Kothke, Kottbuserstr. 4a. Der Arbeitsnachweis der Glasarbeiter befindet sich bei No. 78 bei No. 127. Die Adressenausgabe findet jeden Abend von 7 bis 10 Uhr. Sonntags Vormittags von 10 bis 11 Uhr. (Sowohl an Mitgliedern als an Nichtmitgliedern unentgeltlich.)

Theater.
Freitag, den 7. Februar.
Opernhaus. Tannhäuser und der Sängerkrieg auf der Wartburg.
Schauspielhaus. Ulfenbrödel.
Leistungstheater. Das Bild des Signorelli.
Deutsches Theater. Krieg im Frieden.
Berliner Theater. Gräfin Lea.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Der arme Jonathas.
Wallner-Theater. Die spanische Wand.
Leidner-Theater. Die arme Löwin.
Victoria-Theater. Stanley in Afrika.
Sollikantzen-Theater. Almenrausch und Edelweiß.
Stend-Theater. Othello, der Mohr von Venedig.
Königsstädtisches Theater. Die Kartenlegerin aus der Linienstraße, oder: Die Geheimnisse der Rosenhaler Vorstadt.
Central-Theater. Perolina.
Adolph-Ernst-Theater. Flotte Weiber.
Friedrichshallen-Theater. Gr. Spezialitäten-Vorstellung.
Saunemann's Variété. Gr. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebr. Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Circus Renz.
Karlsruhe.
Heute, Freitag, den 7. Februar, Abends 7 1/2 Uhr:
Zum 17. Male:
Deutsche Turner.
(Original gründet)
Große nationale Original-Pantomime, inszeniert vom Direktor E. Renz. Großes Hurdle-Rennen mit 24 Springpferden, geritten von Damen und Herren. Auftreten der vorzügl. Reitskünstlerinnen und Reitskünstler. Agat, arab. Schimmelhengst, dressirt und vorgeführt von Herrn Franz Renz. Das Schulpferd Coriolan, geritten von Herrn Oscar Renz. - Morgen: Deutsche Turner. Sonntag: 2 Vorstellungen.
E. Renz, Direktor.

Das
Alhambra-Theater
Wallnertheaterstr. 15
ist an **Vereine, Gesellschaften** u. mit sämtlichen Nebenräumen, **Bühne, Tunnel** u. zu **Festlichkeiten** zu vergeben.
Näheres zu erfragen im Theaterbureau.

American Theater.
Friedrichstraße 55.
Täglich Vorstellung. [1285]

Englischer Garten.
Alexanderstraße 27c.
Aufstehen der Kostüm-Soubrette **Frl. Mertens.**
Aufstehen des Gesangs-Humoristen **Herrn Kalberg.**
Aufstehen der Kostüm-Soubrette **Frl. Lina Selar.**
Aufstehen der Familie **Grosse-Doerington** in ihren Stauern erregenden, unübertroffenen Leistungen.
Aufstehen der vorzüglichen und beliebten Duettisten **Gebr. Mundl.**
Anfang Wochentags 8 Uhr. Entree 30, 50 und 75 Pf. im Vorverkauf 20 und 30 Pf.
Sonntags Anfang halb 6 Uhr. Sonntags Entree 50 Pf., reserviert 75 Pf., Orchester 1 Mark. Vorverkauf Entree 40 Pf.

Kaiser-Panorama.
Neu! 3. ersten Male: 4. Jopl. Erinnerung. a. d. Feldzug 1870/71.
Erste Reise durch Oesterreich.
Hochinteressant: **Sertig-Weise.**
Eine Reise 20 Pf., Kind nur 10 Pf. Adonn. 1 M.

Rohtabak A. Goldschmidt,
Spandauerbr. 6,
am hiesigen Plage bekanntlich [1653]
Größte Auswahl.
Garantirt sicher brennende Tabaks.
Streng reelle Bedienung, billige Preise!
Sämtliche im Handel befindliche Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt, Spandauerbrücke 6,
am Hufeisen Markt.

Unserm Freunde **Wilhelm Jäger** zu seinem heutigen Wiegenfeste ein dreifach donnerndes Hoch.
Die guten Kreis. [1160]

Zur Beachtung für Tabakarbeiter!
Sonntag, den 9. d. M., Vormittags 10 1/2 Uhr, findet Weinstraße 11 eine **Delegirten-Versammlung** statt. [1172]
Die Lohn-Überwachungskommission der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Berlins.

Gesangverein Hoffnung in Rixdorf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der dies-jährige [1144]
Maskenball
am Sonnabend, den 8. Februar, in Barta's Salon, Bergstraße 120, stattfindet.
Der Vorstand.

Achtung! Kartonarbeiter und Arbeiterinnen. [1169]
Die Sperre von Ehlert & Lange dauert fort.
Die Kommission.

Versammlung des Sozialdemokratischen Les- und Diskussions-Clubs Fassalle.
Freitag, den 7. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, Currystr. 16, bei Ziemer.
Gäste durch Mitglieder können eingeführt werden. [1161]

Fachverein d. Rohrleger.
Sonntag, den 9. d. M., Vormittags 11 Uhr, in Feuerstein's Salon, Alte Jakobstr. 75:
Versammlung.
Tagesordnung:
1. Vierteljähr. Kassenbericht.
2. Vortrag des Herrn Dr. Wille: „Der Kampf um's Dasein in der Volkswirtschaft.“
3. Verschiedenes und Fragekasten.
NB. Die säumigen Mitglieder werden an ihre Pflichten erinnert. § 5. [1168]
Der Vorstand.

Aufforderung!
Alle Genossen, welche Willens sind, vor wie bei der Wahl thätig zu sein, werden ersucht, sich an das **Wahlkomitee für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis**, bestehend aus folgenden Herren:
für den Osten:
August Dietrich, Fruchtstr. 46, 2 Tr.,
Otto Heindorf, Langestr. 70,
Fritz Höhne, Eldenastr. 2,
Paul Meyer, Rüdigersdammstr. 20, 4 Tr.,
für Süd-Ost:
August Günther, Adalbertstr. 94, 4 Tr.,
Albert Grundmann, Lausitzerstr. 41, 4 Tr.,
Berthold Blaser, Görlitzerstr. 49, 2 Tr.,
Theodor Schulze, Stralauer Platz 67, 5. l. 3 Tr.,
am melden. [1129]

Den Genossen halte ich meine Masken-Garderobe bei Bedarf best. empfohlen. Größte Auswahl! Hk. Vv. Severin's Freiermächtig. St. Paulin, Nr. 178, Adalbertstr. 98.

Masken-Garderobe von [516] F. Stenzel, Dresdenerstr. 118 (früher Nr. 21), empfiehlt sich den Vereinen, sowie Lesern des „Berl. Volksbl.“ Reichste Ausm., bill. Preise.

1102
Sophabezüge!
Beste von 3 1/2 - 5 Meter spottbillig.
Emil Lafarre, Oranienstr. 158.

Große öffentl. Wähler-Versammlung des 3. Berliner Reichstagswahlkreises am Freitag, den 7. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, in „Haus Souci“, Kottbuserstraße 4a.
Tages-Ordnung:
1. Die Bedeutung der Reichstagswahlen und die verschiedenen Parteien (mit Berücksichtigung der freisinnigen Partei). Referent: Th. Glocke. 2. Diskussion, Verabschiedung.
Die Wähler aller Parteien sind hierzu eingeladen. Das Wahlkomitee.

Gr. öffentliche Wähler-Versammlung für den 5. Berliner Reichstagswahlkreis am Freitag, den 7. Februar, Abends 8 Uhr, im Lokale Bergstraße 12, bei Rehlitz.
Tages-Ordnung:
1. Die Parteien des Reichstages und die Sozialdemokr. Referent: Curt Dautz. 2. Diskussion, Verabschiedung.
Der Einberufer.

Große öffentl. Wählerversammlung des 6. Berliner Reichstagswahlkreises am Montag, den 10. Februar, Abends 8 Uhr, in der Volks-Brauerei, Alt-Moabit 47-48.
Tagesordnung: 1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen. (Referent wird die Versammlung bekannt gemacht.) 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Der Einberufer.

Wilmerdorf!
Sonntag, den 9. Februar 1890, Vormittags 10 1/2 Uhr:
Große Wähler-Versammlung im Volksgarten, Berlinertstraße 21.
Tagesordnung: 1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen. (Referent wird die Versammlung bekannt gegeben.) 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Alle Wähler sind zu dieser Versammlung einzuladen. Das Wahlkomitee.

Große öffentliche Versammlung der Müller und verwandten Berufsgruppen am Freitag, den 7. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, in Scheffer's Salon, Inselstraße 11.
Tagesordnung: 1. Was bringt die Verkürzung der Arbeitszeit den Arbeitern? 2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Fragekasten.
Zur Deckung der Unkosten findet Teilerhebung statt. Gäste willkommen.
Der Einberufer.

Central-Kranken- und Sterbekasse der Tischler u. s. w. Sonnabend, den 8. Februar 1890: Großer Wiener Maskenball in der „Neuen Welt“ (Hasenbald).
Um recht zahlreiche Beteiligung ersucht
Billets sind bei folgenden Herren zu haben: A. Lehmann, Ritterstr. 124, 5. 3 Tr.; H. Pielde, Admiralsstr. 39, 5. 3 Tr.; C. Prunt, Manteuffelstr. 65, 5. 3 Tr.; Manteuffelstr. 67, 5. 3 Tr.; G. Bredensfeld, Reichenbergerstr. 125, v. 4 Tr.; G. Günauerstr. 4 n. 4 Tr., und in den mit Plakaten beleuchteten Lokalen.
Das Komitee.

Fachverein der Steindrucker und Lithographen
Den Mitgliedern zur gefälligen Kenntnisnahme, daß das zum 15. Februar im Garten anberaumte Winterfest dort nicht stattfinden, da der Direktor dieses Lokals sich demselben zu allen Versammlungen zu geben. Trotz der größten Mühe, welche sich das Komitee bekommen und findet das **Winterfest am 16. Februar im Glycium, Landsberger Allee 39-41, statt. Anfang 5 Uhr.**
Die bereits entnommenen Billets behalten ihre Gültigkeit, auch sind Billets noch am 13. Februar stattfindenden Vereinsversammlung zu haben.
Hinterbahnverbindung vom Alexanderplatz bis vor die Thür für 10 Pf.
Das Komitee. J. A.: O. Frons, Falkensteinstraße 19, 3 Tr.

Möbel, Spiegel u. Polsterwaren.
Gr. Lager, bill. Preise.
Emil Heyn,
eigener Fabrik.
Brunnenstr. 28, Hof part. Thellz. nach Uebereinkunft.
Empfehle mein **Bierlokal** sowie Arbeiter-Belegzimmer; sämtliche Gewerkschafts-Organen aus.
Emil Böhl,
Frankfurter Allee 74.
Marmorhelfer verlangt [1170]
F. Priess, Landsberger Allee 19.

Louisen-Ufer II kleine, helle Arbeiterräume
Wohnung pr. 1. April.
Geudter, sich als Mieter eigensender
Spiegelglas-Polierer
gesucht v. d. Glaschneiderei Zastrow, Kottbuserstr. 8, 2 Hof.
Mädchen,
die in Steindruckereien gearbeitet haben, sofort eingestellt.
J. Aberle & Co., Louisen-Allee